



Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr



Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in Deutschland

**Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung
Oktober/November 2009**

Kurzbericht

Dr. Thomas Bulmahn

Januar 2010

Die in der vorliegenden Publikation vorgetragenen Ansichten und Meinungen sind ausschließlich diejenigen der Autoren und geben nicht notwendigerweise die Sicht oder die Auffassung des Bundesministeriums der Verteidigung wieder.

Impressum

Herausgeber: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Thomas Bulmahn

Anschrift: PF 1142, 15331 Strausberg

Tel.: 03341 58 1826; Fax: 03341 58 1802

E-Mail: ThomasBulmahn@bundeswehr.org

Internet: www.sowi.bundeswehr.de

© Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Belege erbeten.

Druck: Print- und Medienzentrums der Wehrbereichsverwaltung Ost, Februar 2010

Inhaltsverzeichnis

Wichtigste Ergebnisse.....	1
Essential Findings	5
1 Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsgefühl	9
2 Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands.....	14
3 Wahrnehmung der Bundeswehr in den Medien und im persönlichen Umfeld.....	18
4 Die Bundeswehr im Vergleich: Vertrauen und wahrgenommene Aufgabenerfüllung	20
5 Einstellungen zur Bundeswehr	24
6 Vorstellungen von den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im In- und Ausland	29
7 Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr	33
8 Bewertung des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr.....	38
9 Haltungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben.....	44
10 Einstellungen zur Wehrpflicht	47
11 Einstellungen zur NATO und Bewertung der transatlantischen Beziehungen	53
Methodisches Design der Studie.....	58

Wichtigste Ergebnisse

Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SWInstBw) führt regelmäßig bundesweite Bevölkerungsbefragungen durch, um die sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bundesbürger wissenschaftlich fundiert zu erfassen. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der im Oktober/November 2009 realisierten Befragung in Kurzform präsentiert.

1. Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsgefühl

- Die Menschen in Deutschland fühlen sich zurzeit vor allem von einer schweren Wirtschaftskrise und ihren Folgen für den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme bedroht. (vgl. S. 9)
- Die Mehrheit der Bundesbürger fühlt sich alles in allem sicher. (vgl. S. 11)
- Die Angst vor Krieg und Terrorismus beeinträchtigt das individuelle Sicherheitsempfinden ebenso stark wie soziale Unsicherheit. (vgl. S. 13)
- Globale Bedrohungen von Natur und Umwelt bleiben zumeist abstrakt und beeinträchtigen das individuelle Sicherheitsempfinden kaum. (vgl. S. 13)

2. Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

- Die Mehrheit der Bevölkerung meint, dass die internationale Verantwortung Deutschlands in den letzten Jahren zugenommen hat. (vgl. S. 14)
- Etwa jeder zweite Bundesbürger spricht sich für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik aus. (vgl. S. 14)
- Für Befürworter und Gegner einer aktiven Außen- und Sicherheitspolitik ist die eigene wirtschaftliche und soziale Lage die entscheidende Grundlage ihrer Einstellung zu der Frage, ob sich Deutschland international engagieren sollte oder nicht. Sicherheitspolitische Erwägungen sind eher sekundär. (vgl. S. 17)

3. Wahrnehmung der Bundeswehr in den Medien und im persönlichen Umfeld

- Informationen über die Bundeswehr werden von immer mehr Menschen in Deutschland vor allem über die Medien wahrgenommen. (vgl. S. 18)

- Wer die Bundeswehr im persönlichen Lebensumfeld oder in den Medien wahrnimmt, der gewinnt zumeist positive Eindrücke. (vgl. S. 19)

4. Die Bundeswehr im Vergleich: Vertrauen und wahrgenommene Aufgabenerfüllung

- Das Vertrauen in die Bundeswehr ist außerordentlich groß. Etwa neun von zehn Bundesbürgern vertrauen den deutschen Streitkräften. (vgl. S. 20)
- Auf der Vertrauensskala nimmt die Bundeswehr neben der Polizei einen Spitzenplatz ein. (vgl. S. 20)
- Die Bundesbürger vertrauen der Bundeswehr, weil sie davon überzeugt sind, dass die Streitkräfte dazu beitragen, Frieden, Sicherheit, Schutz, Stabilität und Freiheit für Deutschland zu bewahren. (vgl. S. 21)

5. Einstellungen zur Bundeswehr

- Die Mehrheit der Bundesbürger vertritt eine positive Einstellung zur Bundeswehr. Das positive Meinungsbild überwiegt in allen Schichten. (vgl. S. 24)
- Die Leistungen der Bundeswehr bei den Hilfeinsätzen im Inland finden breite Anerkennung. (vgl. S. 27)
- Kritischer werden Ausrüstung und Bewaffnung der Soldatinnen und Soldaten bewertet. (vgl. S. 28)

6. Vorstellungen von den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im In- und Ausland

- Die Bevölkerungsmehrheit will die Bundeswehr mit zahlreichen Aufgaben im Ausland betraut wissen. Hilfe im Katastrophenfall sowie Evakuierungs- und Befreiungsmissionen finden die meiste Zustimmung. (vgl. S. 29)
- Es gibt eine breite Unterstützung der Bevölkerung für Anti-Terror-Einsätze der Bundeswehr auch in Deutschland. (vgl. S. 31)

7. Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

- ➔ Die meisten Bundesbürger geben an, nichts Konkretes über die laufenden Auslandseinsätze der Bundeswehr zu wissen oder noch nie davon gehört zu haben. (vgl. S. 33)
- ➔ Die meisten Auslandseinsätze der Bundeswehr werden von der Mehrheit unterstützt. Das Vertrauen in die Bundeswehr stellt die wichtigste Akzeptanzgrundlage dar und kompensiert vorhandene Informationsdefizite. (vgl. S. 34)
- ➔ Die Zustimmung der Bevölkerung zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr ist zurückgegangen. (vgl. S. 36)
- ➔ Kritische Ereignisse in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr können das Meinungsbild massiv beeinflussen, wenn die Medien intensiv darüber berichten. (vgl. S. 37)

8. Bewertung des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr

- ➔ Die Auswirkungen des Bundeswehreininsatzes auf die Sicherheitslage und die Lebensbedingungen in der von ihr kontrollierten Region im Norden Afghanistans werden mehrheitlich positiv beurteilt. (vgl. S. 38)
- ➔ Die Auswirkungen auf die Entwicklungsperspektiven des gesamten Landes werden wesentlich skeptischer gesehen. (vgl. S. 39)
- ➔ Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan wird von der Mehrheit der Bundesbürger nicht als Misserfolg bewertet. (vgl. S. 40)

9. Haltungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben

- ➔ Die Mehrheit der Bevölkerung spricht sich gegen Kürzungen bei den Verteidigungsausgaben aus. (vgl. S. 44)

10. Einstellungen zur Wehrpflicht

- ➔ Die Bevölkerungsmehrheit vertritt eine positive Einstellung zur Wehrpflicht. (vgl. S. 47)
- ➔ Sechs von zehn Bundesbürgern sprechen sich für den Erhalt der Wehrpflicht in Deutschland aus. (vgl. S. 48)

- Der Anteil der Befürworter der Wehrpflicht ist in den letzten Jahren nahezu unverändert geblieben. (vgl. S. 49)
- Es gibt keine Anzeichen für einen Rückgang der Zustimmung zur Wehrpflicht. Vieles spricht für eine Konsolidierung auf hohem Niveau. (vgl. S. 51)

11. Einstellungen zur NATO und Bewertung der transatlantischen Beziehungen

- Zwei Drittel der Bundesbürger meinen, dass die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staatengemeinschaft bleiben wird. (vgl. S. 53)
- Die NATO sollte als Bündnis gemeinsamer Verteidigung vor allem dem Schutz ihrer Mitgliedsstaaten dienen und sich in Zukunft stärker auch für Rüstungskontrolle und Abrüstung engagieren. (vgl. S. 54)
- Die Mehrheit der Deutschen beurteilt die gegenwärtigen transatlantischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA positiv. (vgl. S. 56)
- Zwei Drittel der Deutschen nehmen eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen wahr. Als Gründe werden in erster Linie der Amtsantritt von Präsident Obama und seine Politik genannt. (vgl. S. 57)

Essential Findings

The Bundeswehr Institute of Social Sciences regularly carries out nationwide opinion polls to scientifically gather the political security and defence attitudes of the German population. The essential findings of the 2009 survey are briefly presented below.

1. Threat perception and sense of security

- Currently Germans mainly feel threatened by a severe economic crisis and its implications for the labour market and the social welfare system. (see p. 9)
- Most German citizens feel all in all safe. (see p. 11)
- Fear of war and terrorism affects the individual sense of security as much as experienced social insecurity. (see p. 13)
- Global threats to nature and the environment mostly remain abstract and barely affect the individual sense of security. (see p. 13)

2. Attitudes towards Germany's foreign-policy engagement

- The majority of the population believes that Germany's international responsibility has increased in recent years. (see p. 14)
- Approximately every second German supports an active foreign and security policy. (see p. 14)
- Supporters and opponents of an active foreign and security policy mainly base their decision on whether or not Germany should get involved internationally on their own economic and social situation. (see p. 17)

3. Perception of the Bundeswehr in the media and the personal environment

- Information about the Bundeswehr is noticed by more and more people in Germany, mainly through the media. (see p. 18)
- The presence of the Bundeswehr in the media and in the personal environment is judged positively by the majority of the population. (see p. 19)

4. The Bundeswehr in comparison: confidence and perceived fulfilment of tasks

- ➔ Confidence in the Bundeswehr is extraordinarily high. About nine in ten Germans trust the German armed forces. (see p. 20)
- ➔ On the confidence scale the Bundeswehr takes a leading position together with the police. (see p. 20)
- ➔ The majority of the German population trusts the Bundeswehr because they believe that the armed forces contribute to the preservation of peace, security, protection, stability and freedom in Germany. (see p. 21)

5. Attitudes towards the Bundeswehr

- ➔ The majority of the German population has a positive opinion of the Bundeswehr. The positive opinion predominates across all strata. (see p. 24)
- ➔ The Bundeswehr's performances in missions at home are broadly approved. (see p. 27)
- ➔ The equipment and armament of the soldiers are assessed more critical. (see p. 28)

6. Conceptions of Bundeswehr tasks at home and abroad

- ➔ The majority of the population wishes to see the Bundeswehr assigned with numerous tasks abroad. Disaster relief as well as evacuation and hostage-rescue missions find the greatest approval. (see p. 29)
- ➔ The population widely supports Bundeswehr counter-terrorism operations even at home. (see p. 31)

7. Attitudes towards Bundeswehr missions abroad

- ➔ Most Germans say that they do not have concrete knowledge of current Bundeswehr missions abroad, or that they have never heard of them. (see p. 33)
- ➔ Most Bundeswehr missions abroad are nevertheless supported by the majority of the population. The confidence in the Bundeswehr constitutes the essential basis for acceptance, thus compensating for the lack of information. (see p. 34)

- The acceptance of the population towards the ISAF mission of the Bundeswehr has decreased. (see p. 36)
- Critical incidents during Bundeswehr missions abroad can strongly influence public opinion, especially if the media is intensively reporting about the incidents. (see p. 37)

8. Evaluation of the Bundeswehr ISAF mission

- The effects of the Bundeswehr mission on the security situation and the living conditions in the North Afghan region, controlled by the German forces, are positively assessed by the majority of the population. (see p. 38)
- The effects on the development prospects of the entire country are seen considerably more sceptical. (see p. 39)
- The Bundeswehr ISAF mission in Afghanistan is not assessed as a failure by the majority of the German population. (see p. 40)

9. Attitudes towards the level of defence expenditure

- The majority of respondents oppose a reduction of the defence budget. (see p. 44)

10. Attitudes towards conscription

- The majority of the population has a positive stance towards conscription. (see p. 47)
- Six out of ten Germans are in favour of the preservation of conscription in Germany. (see p. 48)
- The ratio of conscription supporters has hardly changed in recent years. (see p. 49)
- There are no signs for a decrease in the support for conscription. There is evidence suggesting a high-level consolidation. (see p. 51)

11. Attitudes towards NATO and assessment of the transatlantic relations

- Two thirds of the German population think that NATO will continue to be the most important security alliance of the western community of states. (see p. 53)

- ➔ NATO, as the alliance of collective security, should primarily serve the protection of its member states as well as become more involved in arms control and disarmament. (see p. 54)
- ➔ The majority of the German population judges the current transatlantic relations between Germany and the United States positively. (see p. 56)
- ➔ Two thirds of the German population sense an amelioration of the transatlantic relationship. Most explain this by referring to the inauguration of President Obama and his policies. (see p. 57)

1 Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsgefühl

Die Globalisierung menschlichen Zusammenlebens ist eine Globalisierung von Chancen und Risiken. Mit der zunehmenden weltweiten Verflechtung von technischen, ökonomischen, kulturellen, ökologischen und politischen Systemen gehen erhebliche Gefährdungen und Bedrohungen einher. Globaler Klimawandel, weltweite Finanz- und Wirtschaftskrisen, internationaler Terrorismus oder die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen – wir leben, so hat es der Soziologe Ulrich Beck jüngst beschrieben, in einer „Weltrisikogesellschaft“¹, in einer Gesellschaft, „die durch die fortwährende Voraussicht auf weltweite Gefahren so sehr in den Bann geschlagen ist, dass sie ihre eigenen Grundlagen in Frage stellt“². Deutschland, so der Chef des Bundeskriminalamtes, ist längst „Teil des weltweiten Gefahrenraums“³. Wovon fühlen sich die Menschen in Deutschland eigentlich bedroht? Inwieweit beeinträchtigt diese Bedrohungswahrnehmung das individuelle Sicherheitsgefühl?

➔ **Die Menschen in Deutschland fühlen sich zurzeit vor allem von einer schweren Wirtschaftskrise und ihren Folgen für den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme bedroht.**

Nicht Krieg, Terrorismus oder Umweltzerstörung fürchten die Menschen in Deutschland am meisten, sondern eine schwere Wirtschaftskrise und ihre weitreichenden Folgen für den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme (vgl. Tabelle 1.1). Jeder Dritte fühlt sich nach eigenem Bekunden von einer großen Wirtschaftskrise „Sehr stark bedroht“ oder „Stark bedroht“. Von den erwerbsfähigen Personen im Alter von 16 bis unter 65 Jahren fürchten viele, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren bzw. bei Arbeitslosigkeit keinen Arbeitsplatz mehr zu finden. Die Angst vor einer unzureichenden finanziellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit ist ebenfalls weit verbreitet. Bedroht fühlen sich viele Bundesbürger zudem von Kürzungen der Sozialleistungen, von unzureichender finanzieller Absicherung im Alter bzw. von unzureichender finanzieller Absicherung im Krankheitsfall.

¹ Beck, Ulrich: Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2007.

² Ulrich Beck im Interview mit WELT.ONLINE am 28.03.2007. Im Internet unter: http://www.welt.de/welt_print/article781140/Klimapolitik_als_Sinnbeschafferin.html; letzter Zugriff: 22.12.2009.

³ Jörg Ziercke in einem Vortrag auf dem 9. Europäischen Polizeikongress am 15.02.2006 in Berlin.

Tabelle 1.1: Bedrohungswahrnehmung in Deutschland

Frage: „Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.“ (Angaben in Prozent)			
	Sehr stark bzw. stark bedroht ¹	Bedroht	Kaum bzw. gar nicht bedroht ²
Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit <i>(nur erwerbsfähige Personen im Alter von 16 bis unter 65 Jahren)</i>	37	30	33
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. keinen Arbeitsplatz mehr zu finden <i>(nur erwerbsfähige Personen im Alter von 16 bis unter 65 Jahren)</i>	34	24	42
Schwere Wirtschaftskrise in Deutschland	33	37	30
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	33	29	38
Kürzung von Sozialleistungen	32	30	37
Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt	31	38	31
Unzureichende finanzielle Absicherung im Krankheitsfall	27	28	45
Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen	26	36	38
Weltweiter Klimawandel infolge der globalen Erwärmung	24	38	37
Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea	23	33	43
Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland	20	24	56
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	18	33	49
Terroranschläge in Deutschland	15	34	51
Politischer Extremismus in Deutschland	14	28	58
Kriege oder militärische Konflikte in der Welt	14	27	59
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	14	23	63
Große Naturkatastrophen, wie z. B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	13	28	59
Terroranschläge außerhalb Deutschlands, z. B. in einem anderen europäischen Land	13	27	60
Militärischer Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland	8	13	78

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr stark bedroht“ und „Stark bedroht“ zusammengefasst; 2) Anteile „Kaum bedroht“ und „Gar nicht bedroht“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Die weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt und den Klimawandel infolge der globalen Erwärmung betrachten ebenfalls viele Befragte mit Sorge (31 Prozent bzw. 24 Prozent). Etwa jeder vierte Bundesbürger sieht es ebenso als ernsthafte Bedrohung an, dass Terroristen in den Besitz von atomaren, chemischen oder biologischen Waffen gelangen (26 Prozent) bzw. dass Staaten wie Iran oder Nord-Korea über Atombomben verfügen könnten (23 Prozent).

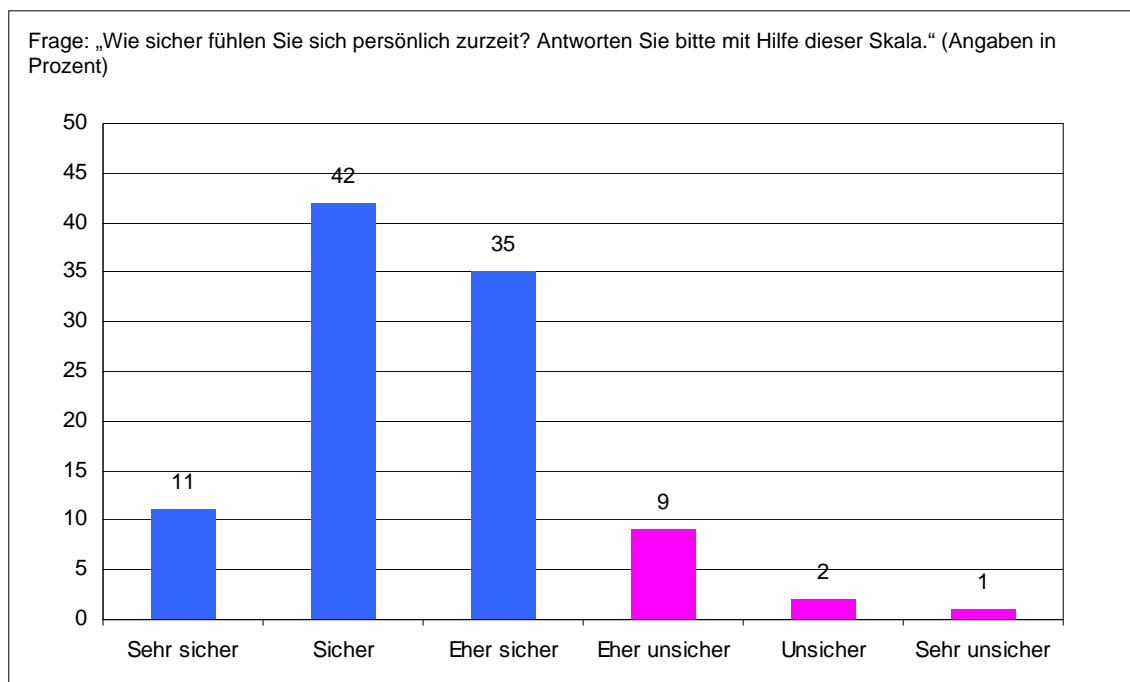
Nicht so groß ist die Angst vor Terroranschlägen in Deutschland (15 Prozent), vor Anschlägen außerhalb Deutschlands, z. B. in einem anderen europäischen Land (13 Prozent) oder vor einem militärischen Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland (8 Pro-

zent). Derartige Ereignisse werden von der Mehrheit der Bundesbürger offenbar als sehr unwahrscheinlich betrachtet und deshalb fühlen sich viele hiervon kaum oder überhaupt nicht bedroht.

➔ **Die Mehrheit der Bundesbürger fühlt sich alles in allem sicher.**

Auf die Frage, wie sicher sie sich persönlich zurzeit fühlen, antworten elf Prozent mit „Sehr sicher“, 42 Prozent mit „Sicher“ und weitere 35 Prozent mit „Eher sicher“. Lediglich 12 Prozent geben an, dass sie sich mehr oder weniger unsicher fühlen (vgl. Abbildung 1.1). Alles in allem fühlen sich somit rund neun von zehn Bundesbürgern persönlich sicher.

Abbildung 1.1: Persönliches Sicherheitsgefühl



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

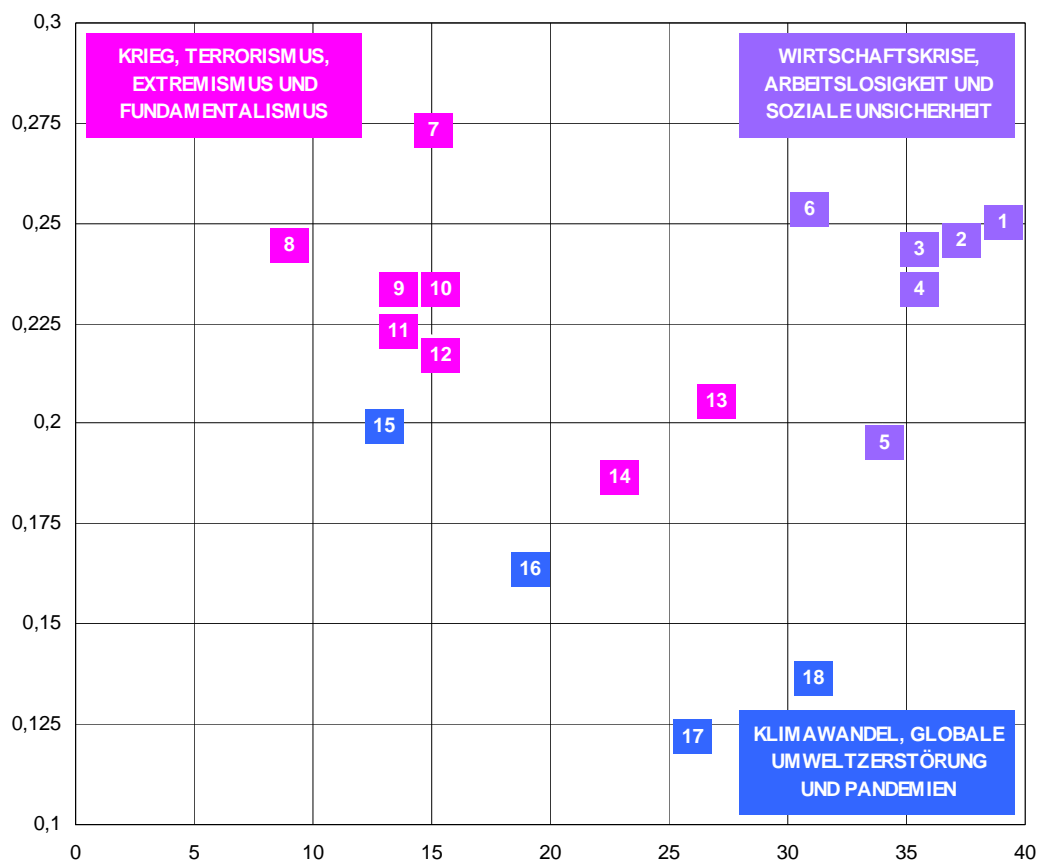
In Anbetracht dieses Ergebnisses stellt sich die Frage, ob sich die Bedrohungsgefühle überhaupt auf das Sicherheitsempfinden auswirken. Führt beispielsweise die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes zu mehr persönlicher Unsicherheit? Wie stark wirkt sich im Vergleich hierzu die Angst vor einem Terroranschlag in Deutschland aus?

Die Analyse führt zu dem Ergebnis, dass die hier betrachteten Bedrohungsaspekte mit dem Gefühl persönlicher Unsicherheit in ganz unterschiedlichem Ausmaß korrelieren (vgl. Abbildung 1.2).

Abbildung 1.2: Bedrohungswahrnehmung und deren Auswirkung auf das persönliche Sicherheitsgefühl (Personen im Alter von 16 bis unter 65 Jahren)

Frage 1: „Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht?“, Frage 2: „Wie sicher fühlen Sie sich persönlich zurzeit?“

RELEVANZ = Zusammenhang zwischen dem Bedrohungsgefühl (Frage 1) und dem Gefühl persönlicher Unsicherheit (Frage 2, invers); ausgewiesen wird der Koeffizient Kendall Tau b



PRÄSENZ = Anteil der Personen, die sich „sehr stark bedroht“ oder „stark bedroht“ fühlen (Frage 1); Angaben in Prozent

Legende: 1) Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter; 2) Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit; 3) Kürzung von Sozialleistungen; 4) Schwere Wirtschaftskrise in Deutschland; 5) Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. keinen Arbeitsplatz mehr zu finden; 6) Unzureichende finanzielle Absicherung im Krankheitsfall; 7) Terroranschläge in Deutschland; 8) Militärischer Angriff auf Deutschland; 9) Politischer Extremismus in Deutschland; 10) Kriege in der Welt; 11) Terroranschläge außerhalb Deutschlands; 12) Religiöser Fundamentalismus in Deutschland; 13) Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen; 14) Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea; 15) Große Naturkatastrophen; 16) Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche; 17) Weltweiter Klimawandel infolge der globalen Erwärmung; 18) Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Am stärksten ist der Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Bedrohung durch einen terroristischen Anschlag in Deutschland und dem Empfinden persönlicher Unsicherheit; am schwächsten ist er zwischen der wahrgenommenen Bedrohung durch den weltweiten Klimawandel infolge der globalen Erwärmung und dem Gefühl persönlicher Unsicherheit (vgl. Abbildung 1.2, Punkte 7 und 17).

Man kann diese Zusammenhänge auch als Wirkung der jeweiligen Bedrohungswahrnehmung auf das persönliche Sicherheitsempfinden interpretieren, das heißt als deren Relevanz. Betrachtet man neben der Relevanz auch die Verbreitung der jeweiligen Bedrohungswahrnehmung, d. h. die Präsenz, dann ergibt sich folgendes Bild: Beeinträchtigt wird das persönliche Sicherheitsgefühl der Bundesbürger vor allem durch sozio-ökonomische Bedrohungsfaktoren (vgl. Abbildung 1.2, oben rechts). Die Furcht vor einer schweren Wirtschaftskrise in Deutschland, vor Arbeitslosigkeit sowie die Angst vor einer Kürzung der Sozialleistungen und unzureichender Absicherung bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit und im Alter sind relativ weit verbreitet und wirken sich auch auf das Sicherheitsempfinden aus.

➔ **Die Angst vor Krieg und Terrorismus beeinträchtigt das individuelle Sicherheitsempfinden ebenso stark wie erlebte soziale Unsicherheit.**

Eine Bedrohung durch Kriege oder Terroranschläge wird zwar von wesentlich weniger Menschen in Deutschland wahrgenommen. Bemerkenswert ist jedoch die Relevanz: Wenn sich jemand von Krieg und Terror bedroht fühlt, dann wirkt sich das deutlich auf das persönliche Sicherheitsgefühl aus (vgl. Abbildung 1.2, oben links). Die Beeinträchtigung ist etwa ebenso stark wie die durch eine drohende Kürzung von Sozialleistungen oder die Angst vor unzureichender finanzieller Absicherung bei Arbeitslosigkeit (vgl. ebenda, Punkte 8, 3 und 2).

➔ **Globale Bedrohungen von Natur und Umwelt bleiben zumeist abstrakt und beeinträchtigen das individuelle Sicherheitsempfinden kaum.**

Bei einigen Faktoren ist das Verhältnis von Präsenz und Relevanz umgekehrt: Die Bedrohung wird zwar von vielen wahrgenommen, doch die Relevanz ist eher gering. So geben relativ viele Befragte an, sich von einem weltweiten Klimawandel oder von der weltweiten Zerstörung der natürlichen Umwelt bedroht zu fühlen; die Auswirkungen auf das individuelle Sicherheitsempfinden sind jedoch nur marginal (vgl. ebenda, Punkte 17 und 18). Es handelt sich hierbei offenbar um relativ abstrakte Bedrohungen, das heißt um Szenarien, die aufgrund der Präsenz in den Medien und im gesellschaftspolitischen Diskurs Aufmerksamkeit gefunden haben, deren konkrete Gestalt und Konsequenz für die meisten jedoch nicht fassbar sind.

2 Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

Wie bewerten die Bundesbürger die internationale Verantwortung Deutschlands? Befürworten sie eine aktive Außenpolitik oder sind sie eher für eine Konzentration der Kräfte auf die Probleme des eigenen Landes?

➔ **Die Mehrheit der Bevölkerung meint, dass die internationale Verantwortung Deutschlands in den letzten Jahren zugenommen hat.**

Mehr als die Hälfte der Befragten (59 Prozent) meinen, dass die Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene in den letzten Jahren zugenommen hat. Ein Drittel der Befragten (32 Prozent) ist der Ansicht, sie sei gleich geblieben und nur vier Prozent glauben, sie habe abgenommen. Die übrigen fünf Prozent antworten mit „Weiß nicht“.

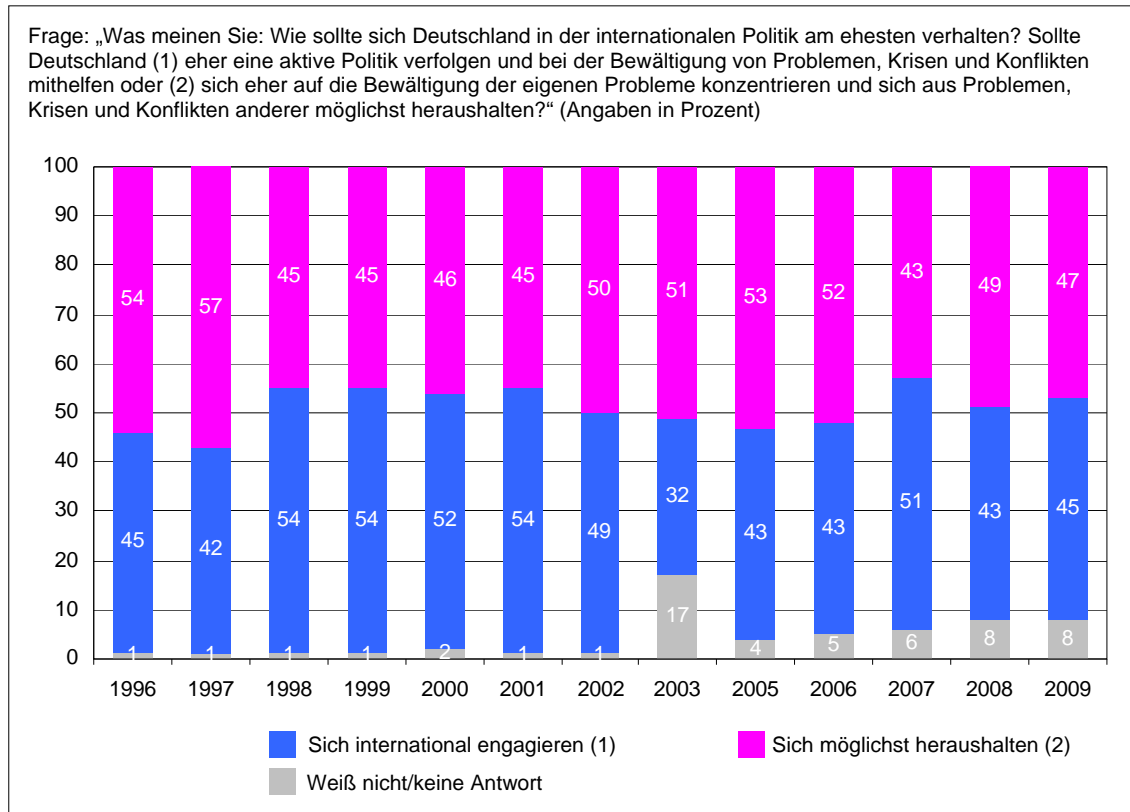
➔ **Etwa jeder zweite Bundesbürger spricht sich für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik aus.**

Etwa jeder zweite Bundesbürger (45 Prozent) ist der Auffassung, dass Deutschland eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten auf internationaler Ebene mithelfen sollte. Etwa ebenso viele (47 Prozent) sind allerdings der Ansicht, Deutschland sollte sich aus den Krisen und Konflikten anderer Länder möglichst heraushalten und sich stärker auf die Bewältigung der Probleme im eigenen Land konzentrieren. Die übrigen acht Prozent haben zu dieser Frage keine Meinung (vgl. Abbildung 2.1).

Vergleicht man die Ergebnisse der Befragungen seit Mitte der 1990er-Jahre, dann wird deutlich, dass das Meinungsbild leichten Schwankungen unterworfen ist. Relativ hoch war die Zustimmung für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik im Zeitraum 1998 bis 2001. Der Anstieg gegen Ende der 1990er-Jahre dürfte insbesondere auf die Zuspitzung der Kosovokrise zurückzuführen sein. In dieser Zeit fanden heftige Kämpfe zwischen den serbisch-jugoslawischen Truppen und der UCK im Kosovo statt, die verheerende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung hatten und in einer humanitären Katastrophe mit tausenden Toten und hunderttausenden Vertriebenen endeten. In Anbetracht der Bilder dieser Tragödie in der Mitte Europas plädierten viele Bundesbürger für ein

internationales Engagement, auch dann noch, als sich im März 1999 die NATO entschloss, mit militärischen Mitteln einzugreifen und die Waffenruhe zu erzwingen.

Abbildung 2.1: Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 1996 bis 2009.

Ganz anders haben sich offensichtlich die Bilder des Irakkriegs im Jahr 2003 ausge-
wirkt. Bei der im Herbst 2003 durchgeführten Befragung⁴ sprachen sich nur noch
32 Prozent der Bundesbürger für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik aus, 15 Pro-
zentpunkte weniger als im Jahr zuvor. 51 Prozent waren gegen ein internationales En-
gagement und 17 Prozent konnten diese Frage nicht beantworten, was als Ausdruck
einer gewissen Verunsicherung bei dieser wichtigen sicherheitspolitischen Thematik zu
deuten ist.⁵

⁴ Die Interviews wurden in der Zeit vom 21.10. bis 17.11.2003 durchgeführt.

⁵ Zu dieser Verunsicherung dürften nicht nur die Kriegsbilder beigetragen haben, sondern auch die Tat-
sache, dass die damalige Bundesregierung unter Führung von Gerhard Schröder vor der Bundestags-
wahl 2002 eine Teilnahme Deutschlands an dem von den USA geplanten Krieg gegen den Irak katego-
risch abgelehnt hatte, was nach Einschätzung von Wahlforschern neben der Flutkatastrophe an der Elbe
die entscheidende Wende im Wahlkampf brachte und letztlich zur Wiederwahl der rot-grünen Koalition
führte (vgl. u. a. Gero Neugebauer, Richard Stöss: Mit einem blauen Auge davongekommen. Eine Ana-
lyse der Bundestagswahl 2002. Berlin 2002).

Die Frage nach dem außenpolitischen Engagement Deutschlands wird abhängig von Geschlecht, Alter, Bildungsniveau, Einkommenslage, Parteipräferenz und Herkunftsregion unterschiedlich beantwortet (vgl. Tabelle 2.1).

Tabelle 2.1: Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

Frage: „Was meinen Sie: Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland (1) eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder (2) sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“ (Angaben in Prozent)			
	Sich international engagieren (1)	Sich möglichst heraushalten (2)	Weiß nicht
Insgesamt	45	47	8
Geschlecht***			
Männer	48	46	6
Frauen	43	47	10
Alter***			
16 bis 29 Jahre	52	38	10
30 bis 49 Jahre	41	50	9
50 bis 69 Jahre	46	47	7
70 Jahre und älter	42	49	9
Bildungsniveau***			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	55	39	6
Realschulabschluss	46	47	7
Hauptschulabschluss bzw. kein Schulabschluss	39	51	10
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat***			
3.000 Euro und mehr	55	40	5
1.500 bis unter 3.000 Euro	47	46	7
Unter 1.500 Euro	37	53	10
Parteipräferenz***			
CDU/CSU	53	42	5
FDP	51	44	5
SPD	48	46	6
Grüne	53	36	11
Die Linke	22	72	6
Keine Parteipräferenz	46	45	9
Region***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	60	38	2
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	36	58	6
Süddeutschland (BW, BY)	46	43	11
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	45	45	10

Anmerkungen: *** Signifikanz (Chi-Quadrat) \leq ,000; ** Signifikanz \leq ,01; * Signifikanz \leq ,05; n. s. = nicht signifikant.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Mehrheitlich befürwortet wird eine aktive Außenpolitik von den Jüngeren, den besser Gebildeten, den finanziell besser Gestellten, den Anhängern von CDU/CSU, FDP und Grünen sowie von Menschen aus dem Norden Deutschlands.

Mehrheiten für die Konzentration auf die Probleme im eigenen Land und für ein Heraushalten auf internationaler Ebene findet man bei Menschen mit geringerem Bildungsniveau oder mit geringerem Einkommen, bei Anhängern der Linkspartei sowie bei den Ostdeutschen.

Diese Differenzen sind Ausdruck der jeweiligen Lebenslagen, der damit verbundenen unterschiedlichen Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Realitäten und der sich daraus entwickelnden politischen Präferenzen.

→ Für Befürworter und Gegner einer aktiven Außen- und Sicherheitspolitik ist die eigene wirtschaftliche und soziale Lage die entscheidende Grundlage ihrer Einstellung zu der Frage, ob sich Deutschland international engagieren sollte oder nicht. Sicherheitspolitische Erwägungen sind eher sekundär.

Betrachtet man die wichtigsten Motive der Gegner und der Befürworter eines internationalen Engagements, dann wird Folgendes deutlich: Beide Gruppen gehen bei der Begründung ihrer Haltung vor allem von ihrer persönlichen wirtschaftlichen und sozialen Lage und ihrer jeweiligen Interpretation der Lage in Deutschland aus. Während die einen dieses Land in Schwierigkeiten sehen und deshalb fordern, dass man sich zunächst um die nationalen Probleme kümmern sollte, sehen die anderen es als führende Wirtschaftsmacht, die seiner Verantwortung in der Welt im Rahmen einer aktiven Außenpolitik gerecht werden sollte.

Die eigene wirtschaftliche und soziale Lage und die damit in einem engen Zusammenhang stehende subjektive Wahrnehmung und Bewertung der gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen in diesem Land sind für beide Gruppen wesentliche Grundlagen ihrer jeweiligen Einstellung zu der Frage, ob sich Deutschland international engagieren sollte oder nicht. Außenpolitische Motive oder sicherheitspolitische Erwägungen spielen für die meisten Bundesbürger nur eine untergeordnete Rolle.

3 Wahrnehmung der Bundeswehr in den Medien und im persönlichen Umfeld

Bei welchen Gelegenheiten nehmen die Menschen in Deutschland die Bundeswehr in den Medien und in ihrem persönlichen Lebensumfeld wahr? Zu welchem Gesamtbild verdichten sich diese Erfahrungen?

➔ **Informationen über die Bundeswehr werden von immer mehr Menschen in Deutschland vor allem über die Medien wahrgenommen.**

Die Wahrnehmung der Bundeswehr durch die Bürgerinnen und Bürger wird von Medienbildern dominiert. Insbesondere das Fernsehen hat eine bemerkenswerte Breitenwirkung. Durch Fernsehsendungen werden 53 Prozent der Befragten mindestens einmal im Monat auf die deutschen Streitkräfte aufmerksam, darunter sechs Prozent täglich oder fast täglich, 21 Prozent etwa ein- bis dreimal in der Woche und 26 Prozent etwa ein- bis dreimal im Monat (vgl. Tabelle 3.1).

Tabelle 3.1: Häufigkeit der Wahrnehmung in den Medien und im Lebensumfeld

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Gelegenheiten, bei denen man die Bundeswehr im alltäglichen Leben sieht, etwas von ihr hört oder über sie liest. Bitte sagen Sie mir, wie oft Sie persönlich die Bundeswehr bei diesen Gelegenheiten wahrnehmen. Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.“ (Angaben in Prozent)					
	Täglich, fast täglich	Etwa ein- bis dreimal in der Woche	Etwa ein- bis dreimal im Monat	Seltener als einmal im Monat	Nie
Medial vermittelte Wahrnehmung					
Bei Sendungen im Fernsehen	6	21	26	32	15
Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften	6	17	25	33	19
Bei Beiträgen im Internet	1	4	9	16	70
Persönliche Wahrnehmung					
Im Alltag, da wo Sie wohnen	4	6	10	34	46
Bei Gesprächen in der Familie	1	4	13	43	39
Bei öffentlichen Veranstaltungen	0	2	4	39	55

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Die Printmedien tragen in fast gleichem Ausmaß zur öffentlichen Präsenz bei. Beim Lesen von Zeitungen und Zeitschriften nehmen 48 Prozent die Bundeswehr mindestens einmal im Monat wahr: darunter sechs Prozent täglich oder fast täglich, 17 Prozent etwa ein- bis dreimal in der Woche und 25 Prozent etwa ein- bis dreimal im Monat. Etwa jeder Dritte wird seltener auf die Bundeswehr aufmerksam und jeder Fünfte nie.

Jenseits der Medienberichte ist die Bundeswehr für die Mehrheit der Bevölkerung nur noch sehr selten oder gar nicht mehr präsent. Im Alltag am Wohnort werden 80 Prozent seltener als einmal im Monat oder nie auf die Streitkräfte aufmerksam, bei Gesprächen in der Familie sind es 82 Prozent und bei öffentlichen Veranstaltungen 94 Prozent.

➔ **Wer die Bundeswehr im persönlichen Lebensumfeld oder in den Medien wahrnimmt, der gewinnt zumeist positive Eindrücke.**

Wer die Bundeswehr im persönlichen Lebensumfeld oder in den Medien wahrnimmt, der gewinnt zumeist positive Eindrücke (vgl. Tabelle 3.2). Bei Begegnungen im Alltag wird die Bundeswehr von insgesamt 90 Prozent der Bundesbürger vorteilhaft wahrgenommen, bei Gesprächen in der Familie sind es 86 Prozent.

Tabelle 3.2: Bewertung der Bundeswehrpräsenz in den Medien und im Lebensumfeld

Frage: „Und wie nehmen Sie die Bundeswehr bei diesen Gelegenheiten normalerweise wahr? Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.“ (Angaben in Prozent) ¹				
	(Sehr) positiv ²	Eher positiv	Eher negativ	(Sehr) negativ ³
Medial vermittelte Wahrnehmung				
Bei Sendungen im Fernsehen	41	46	10	3
Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften	39	48	10	3
Bei Beiträgen im Internet	31	49	15	5
Persönliche Wahrnehmung				
Im Alltag, da wo Sie wohnen	45	45	7	3
Bei Gesprächen in der Familie	40	46	10	4
Bei öffentlichen Veranstaltungen	48	43	6	3

Anmerkungen: 1) Frage wurde nur Personen gestellt, welche die Bundeswehr bei der jeweiligen Gelegenheit wahrgenommen haben; 2) Anteile „Sehr positiv“ und „Positiv“ zusammengefasst; 3) Anteile „Sehr negativ“ und „Negativ“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Von denen, die der Bundeswehr im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen begegnen, berichten 91 Prozent von positiven Erfahrungen, wobei zu berücksichtigen ist, dass entsprechende Veranstaltungen, beispielsweise öffentliche Gelöbnisse, Tage der offenen Tür oder Messestände der Bundeswehr, eher selten von Personen besucht werden, die der Bundeswehr kritisch gegenüberstehen. Von denen, die im Fernsehen etwas über die Bundeswehr sehen, nehmen 87 Prozent die Streitkräfte positiv wahr, davon 41 Prozent „Sehr positiv“ oder „Positiv“ und weitere 46 Prozent „Eher positiv“. Nur 13 Prozent gelangen zu einem negativen Gesamtbild. Ebenso günstig sind die Eindrücke derjenigen, die dem Thema „Bundeswehr“ in Zeitungen und Zeitschriften oder im Internet begegnen.

4 Die Bundeswehr im Vergleich: Vertrauen und wahrgenommene Aufgabenerfüllung

Die Akzeptanz gesellschaftlicher Institutionen in modernen Gesellschaften basiert darauf, dass die Bürger ihnen vertrauen, dass sie beispielsweise Vertrauen haben in die Unabhängigkeit der Gerichte oder in die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung. Wie viele Menschen in Deutschland vertrauen der Bundeswehr? Wie groß ist das Vertrauen in andere Institutionen? Worauf basiert das Vertrauen? Diese Fragen sollen im Folgenden behandelt werden.

➔ **Das Vertrauen in die Bundeswehr ist außerordentlich groß. Etwa neun von zehn Bundesbürgern vertrauen den deutschen Streitkräften.**

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland, insgesamt 88 Prozent, vertrauen der Bundeswehr, darunter 52 Prozent voll und ganz bzw. überwiegend, weitere 36 Prozent vertrauen ihr eher (vgl. Tabelle 4.1). Nur fünf Prozent haben eher kein Vertrauen und weitere drei Prozent haben überwiegend kein bzw. überhaupt kein Vertrauen.

Bei einem Vergleich mit anderen öffentlichen Einrichtungen und Organisationen zeigt sich, wie groß das Vertrauen in die Bundeswehr ist: Von den 15 betrachteten Institutionen belegt sie den zweiten Rang, hinter der Polizei und deutlich vor der Bundesregierung, die Platz 12 belegt, und weit vor den politischen Parteien, denen nur etwa jeder dritte Bundesbürger Vertrauen schenkt.

➔ **Auf der Vertrauensskala nimmt die Bundeswehr neben der Polizei einen Spitzenplatz ein.**

Bei einem Zeitvergleich wird deutlich, dass das Vertrauen in die Streitkräfte auf hohem Niveau weitgehend stabil ist, mit einer leichten steigenden Tendenz: Im Jahr 2008 vertrauten der Bundeswehr 87 Prozent der Bundesbürger, im Jahr 2007 waren es 85 Prozent und im Jahr 2006 waren es 75 Prozent.⁶

⁶ Im Jahr 2006 lagen die Werte deutlich unter dem Niveau der folgenden Jahre, was auf die Veröffentlichung der sog. „Totenkopffotos“ in der Bild-Zeitung zurückzuführen ist (vgl. Ausführungen im Abschnitt 7). Die Angaben in früheren Veröffentlichungen weichen marginal ab, da damals die Anteile „Weiß nicht“ bzw. „Keine Angaben“ nicht mit berücksichtigt wurden.

Tabelle 4.1: Vertrauen in öffentliche Einrichtungen und Organisationen im Vergleich

Frage: „Vertrauen Sie den folgenden Einrichtungen und Organisationen oder misstrauen Sie ihnen?“ (Angaben in Prozent); Sortierung nach dem Anteil der Personen mit Vertrauen insgesamt					
	Vertraue voll und ganz bzw. überwiegend	Vertraue eher	Vertraue eher nicht	Vertraue überhaupt nicht bzw. überwiegend nicht	Weiß nicht
1. Polizei	61	29	6	2	2
2. Bundeswehr	52	36	5	3	4
3. Öffentliche Schulen	47	39	8	3	3
4. Bundesverfassungsgericht	53	30	8	3	6
5. Bundeskriminalamt	47	35	8	3	7
6. Deutscher Bundestag	29	38	20	10	3
7. Evangelische Kirche	33	31	15	12	9
8. Gesetzliche Krankenversicherung	28	36	24	9	3
9. Bundesnachrichtendienst	28	34	17	10	11
10. Bundesregierung	25	36	24	12	3
11. Gewerkschaften	26	34	24	10	6
12. Gesetzliche Rentenversicherung	24	32	27	14	3
13. Katholische Kirche	29	26	17	18	10
14. Bundesagentur für Arbeit	12	29	30	23	6
15. Politische Parteien	10	26	37	24	3

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Warum vertraut die Bevölkerungsmehrheit der Bundeswehr? Auf eine entsprechende offene Frage⁷, wurden zahlreiche Gründe für das Vertrauen genannt: die gelungene Integration in die Gesellschaft, das Prinzip der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte in der Demokratie, die Einbindung in internationale Bündnisse und nicht zuletzt auch positive persönliche Erfahrungen.

➔ **Die Bundesbürger vertrauen der Bundeswehr, weil sie davon überzeugt sind, dass die Streitkräfte dazu beitragen, Frieden, Sicherheit, Schutz, Stabilität und Freiheit für Deutschland zu bewahren.**

Besonders oft angeführt wurde jedoch, dass die Bundeswehr Frieden, Sicherheit, Schutz, Stabilität und Freiheit für Deutschland gewährleistet, dass sie im Katastrophenfall ein Helfer in der Not ist und dass sie allgemein eine gute Arbeit leistet. Die Wahrnehmung, dass die Bundeswehr die ihr übertragenen Aufgaben gut erfüllt, ist folglich eine wesentliche Determinante für das Vertrauen.

⁷ Wortlaut der Frage: „Warum vertrauen Sie der Bundeswehr?“, Filter: Nur an Personen, die zuvor angegeben haben, der Bundeswehr zu vertrauen, Mehrfachnennungen möglich.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie gut die Bundeswehr denn ihre Aufgaben erfüllt. Mit „Sehr gut“ oder „Gut“ antworten 55 Prozent der Befragten und mit „Eher gut“ weitere 33 Prozent (vgl. Tabelle 4.2). Nur acht Prozent kommen zu einer kritischen Bewertung. Der Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Aufgabenerfüllung und dem Vertrauen in die Bundeswehr ist sehr eng (Kendall Tau b = ,659). Dieser Befund korrespondiert mit dem Ergebnis der Analyse der offenen Frage nach den Gründen für das Vertrauen.

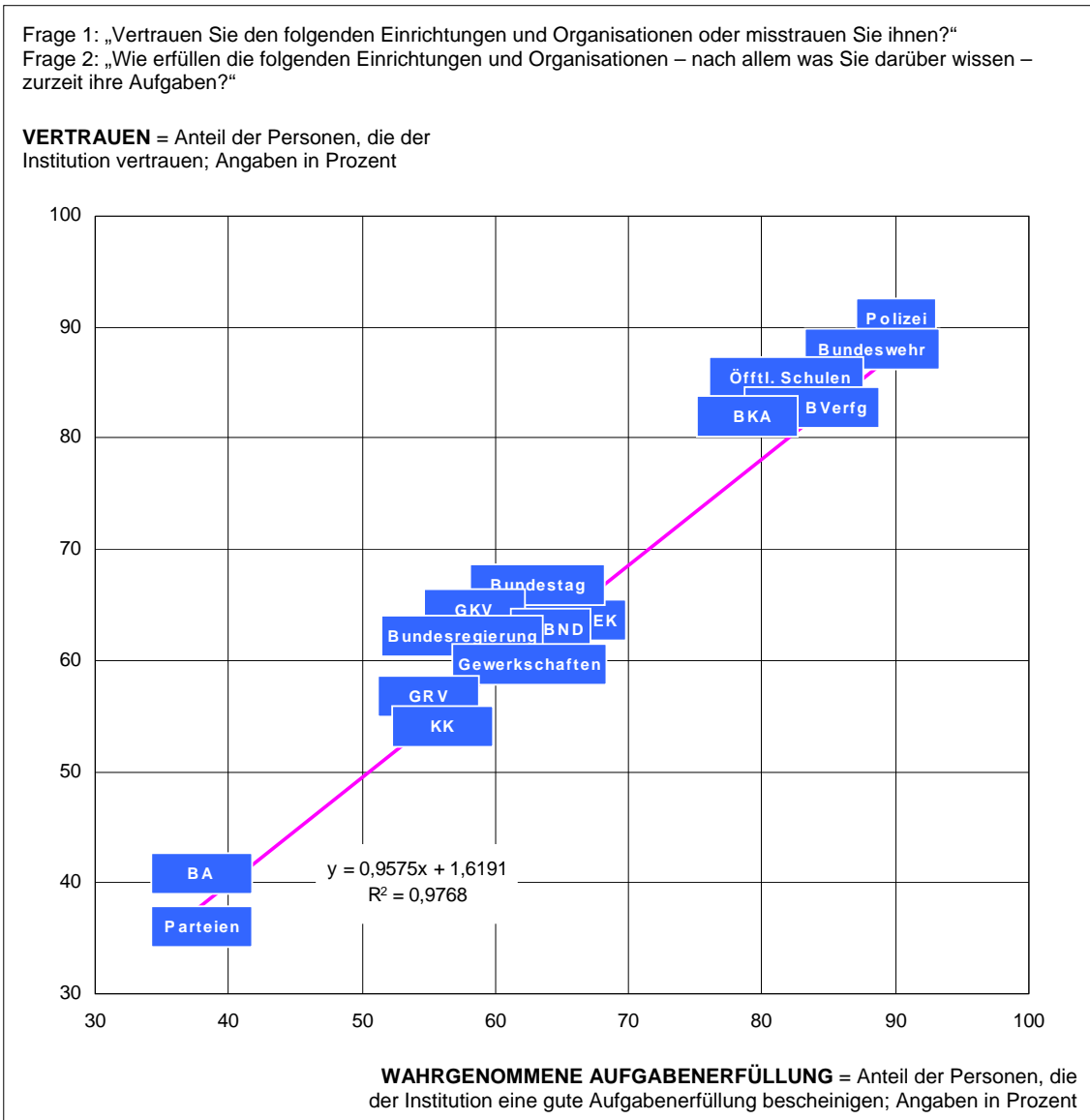
Tabelle 4.2: Wahrgenommene Aufgabenerfüllung öffentlicher Einrichtungen und Organisationen im Vergleich

Frage: „Wie erfüllen die folgenden Einrichtungen und Organisationen – nach allem was Sie darüber wissen – zurzeit ihre Aufgaben?“ (Angaben in Prozent)					
	Sehr gut bzw. gut	Eher gut	Eher schlecht	Sehr schlecht bzw. schlecht	Weiß nicht
1. Polizei	59	31	6	2	2
2. Bundeswehr	55	33	6	2	4
3. Bundesverfassungsgericht	49	32	8	2	9
4. Öffentliche Schulen	43	38	12	4	3
5. Bundeskriminalamt	44	35	7	3	11
6. Evangelische Kirche	31	34	13	8	14
7. Bundesnachrichtendienst	28	36	13	5	18
8. Deutscher Bundestag	26	37	22	10	5
9. Gewerkschaften	24	38	22	9	7
10. Gesetzliche Krankenversicherung	23	36	26	12	3
11. Bundesregierung	23	35	25	12	5
12. Katholische Kirche	26	30	16	13	15
13. Gesetzliche Rentenversicherung	21	34	27	13	5
14. Bundesagentur für Arbeit	11	27	31	25	6
15. Politische Parteien	10	28	37	21	4

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Ebenso stark ist der Zusammenhang zwischen wahrgenommener Aufgabenerfüllung und Vertrauen bei einem Institutionenvergleich auf der Aggregatebene (vgl. Abbildung 4.1). Je größer der Anteil der Personen, die einer Einrichtung eine gute Aufgabenerfüllung attestieren, desto größer ist der Anteil derjenigen, die dieser Institution auch vertrauen. Auch bei diesem Vergleich zeigt sich die außerordentlich positive Bewertung der Bundeswehr im Vergleich zu den anderen Einrichtungen und Organisationen.

Abbildung 4.1: Institutionen im Vergleich: Wahrgenommene Aufgabenerfüllung und Vertrauen



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Der lineare Zusammenhang zwischen wahrgenommener Aufgabenerfüllung und Vertrauen ist nahezu perfekt (vgl. Abbildung 4.1, Regressionsgerade ist Ergebnis einer linearen OLS-Regression, $R^2=,977$), sodass man davon ausgehen muss, dass es sich hier um eine interdependente Beziehung zwischen den beiden Größen handelt. Erfüllt eine Einrichtung ihre Aufgaben nach Meinung der Beobachter gut, dann stärkt diese Wahrnehmung das Vertrauen. Zugleich gilt, dass das Vertrauen in eine Institution das Urteil über ihre Leistungsfähigkeit beeinflusst: Wenn man einer Einrichtung vertraut, wird man ihr eher eine gute Aufgabenerfüllung bescheinigen, insbesondere dann, wenn man nur wenig über sie weiß.

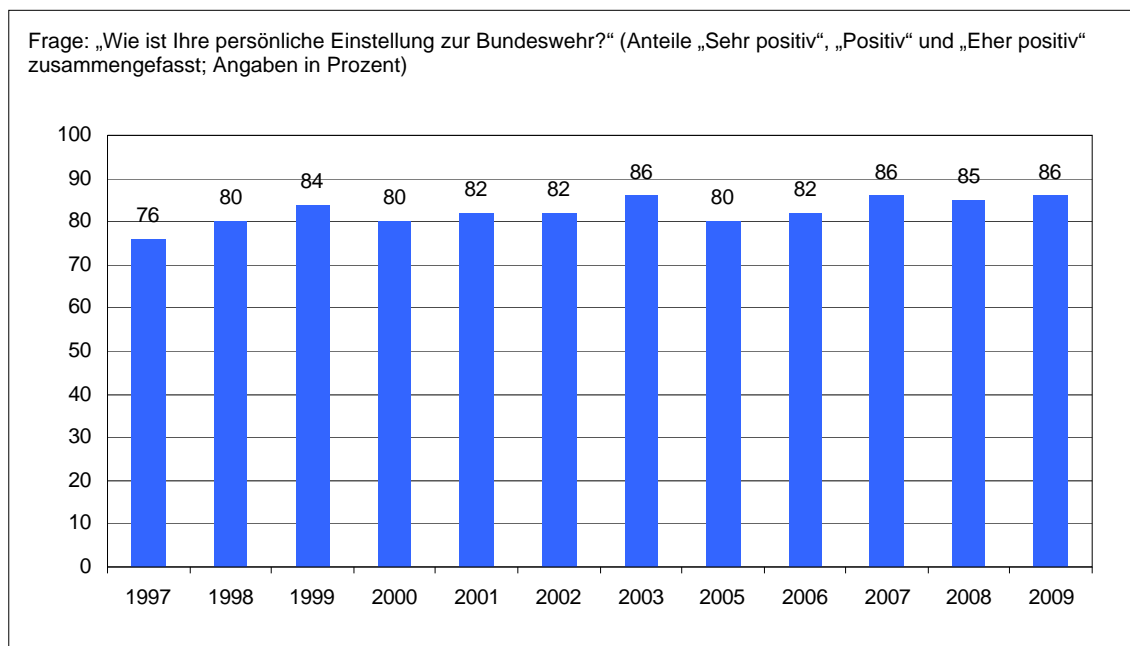
5 Einstellungen zur Bundeswehr

Was halten die Menschen in Deutschland von der Bundeswehr? Inwieweit haben sie ihrer positiven oder negativen Einstellung schon einmal Ausdruck verliehen? Wie bewerten sie die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im In- und Ausland oder das öffentliche Auftreten der Soldaten?

➔ **Die Mehrheit der Bundesbürger vertritt eine positive Einstellung zur Bundeswehr. Das positive Meinungsbild überwiegt in allen Schichten.**

Insgesamt 86 Prozent der Menschen in Deutschland stehen der Bundeswehr positiv gegenüber: darunter vertreten elf Prozent eine sehr positive Einstellung, 38 Prozent eine positive und 37 Prozent eine eher positive Haltung. Negativ eingestellt ist nur eine kleine Minderheit (vgl. Abbildung 5.1).

Abbildung 5.1: Einstellung zur Bundeswehr im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 1997 bis 2009.

In den letzten Jahren hat sich dieses Meinungsbild kaum verändert. Der Anteil der Bundesbürger, die eine positive Einstellung zur Bundeswehr haben, schwankt nur leicht auf bemerkenswert hohem Niveau: Der Durchschnittswert für die Erhebungen, die im Be-

obachtungszeitraum von 1997 bis 2009 durchgeführt wurden, liegt bei 82,4 Prozent und die maximale Abweichung von diesem Wert beziffert sich auf sechs Prozentpunkte.

Eine überwiegend positive Einstellung zur Bundeswehr findet sich in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen (vgl. Tabelle 5.1). Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass sich die Haltungen von Männern und Frauen, von unterschiedlichen Altersgruppen und Bildungsniveaus sowie in den Regionen teilweise sehr deutlich unterscheiden.

Eine signifikant negativere Haltung zur Bundeswehr vertreten Frauen, jüngere Menschen und Personen mit höherem Bildungsniveau. Am kritischsten sind die jüngeren Leute: In der Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen liegt der Anteil der Personen mit negativer Einstellung bei insgesamt 27 Prozent. Befragte aus dem Osten Deutschlands sind seltener ausgesprochen positiv eingestellt und antworten dafür häufiger mit „Eher positiv“.

Tabelle 5.1: Einstellung zur Bundeswehr nach Geschlecht, Alter und Bildung

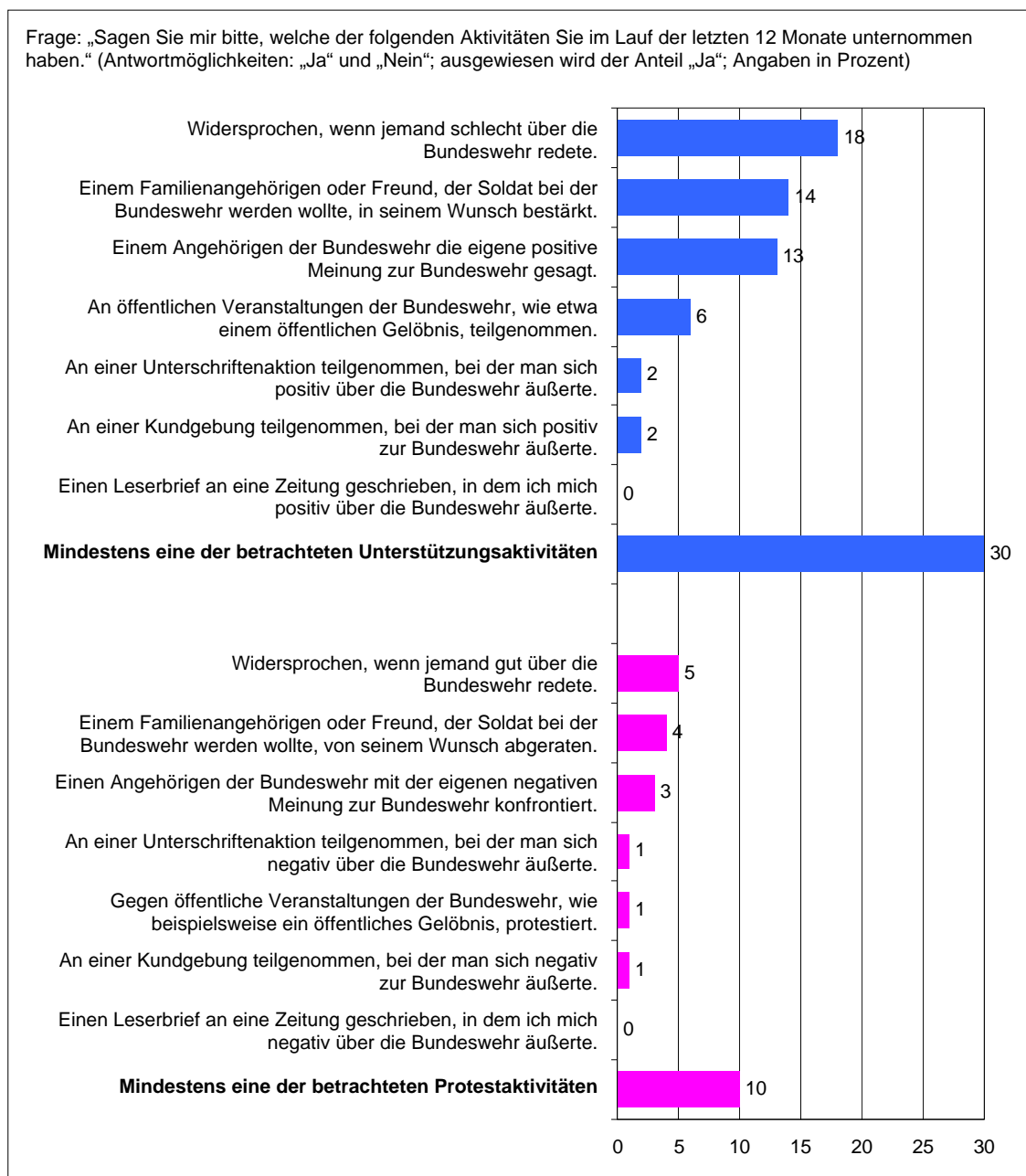
Frage: „Wie ist Ihre persönliche Einstellung zur Bundeswehr?“ (Angaben in Prozent)				
	(Sehr) positiv ¹	Eher positiv	Eher negativ	(Sehr) negativ ²
Insgesamt	49	37	9	5
Geschlecht				
Männer	53	33	8	6
Frauen	46	41	10	4
Alter				
16 bis 29 Jahre	40	33	18	9
30 bis 49 Jahre	45	42	8	4
50 bis 69 Jahre	54	37	6	3
70 Jahre und älter	60	33	5	2
Bildungsniveau				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	48	35	11	6
Realschulabschluss	47	40	8	5
Hauptschulabschluss bzw. kein Schulabschluss	53	35	8	3
Region ³				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	53	31	9	7
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	44	42	9	4
Süddeutschland (BW, BY)	51	33	11	6
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	49	41	7	3

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr positiv“ und „Positiv“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr negativ“ und „Negativ“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Fragt man die Bundesbürger, ob sie ihrer Einstellung zur Bundeswehr auch schon einmal Ausdruck verliehen haben, dann kommt man zu einem bemerkenswerten Ergebnis. Insgesamt 30 Prozent der Befragten geben an, mit ihrem Verhalten die Bundeswehr schon einmal mehr oder weniger offenkundig unterstützt zu haben (vgl. Abbildung 5.2).

Abbildung 5.2: Unterstützung für bzw. Protest gegen die Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Insgesamt 18 Prozent sagen, sie haben jemandem widersprochen, der schlecht über die Bundeswehr geredet hat. 14 Prozent haben einem Familienangehörigen oder Freund, der Soldat bei der Bundeswehr werden wollte, in seinem Wunsch bestärkt. 13 Prozent geben an, sie haben einem Angehörigen der Bundeswehr die eigene positive Meinung zur

Bundeswehr gesagt und sechs Prozent haben an öffentlichen Veranstaltungen der Bundeswehr, wie etwa einem öffentlichen Gelöbnis, teilgenommen.⁸

Mit jeweils zwei Prozent ist der Anteil derjenigen, die an einer Unterschriftenaktion oder einer Kundgebung teilgenommen haben, bei der man sich positiv über die Bundeswehr äußerte, vergleichsweise gering.

Die Gruppe der Personen, die sich in den letzten 12 Monaten in irgendeiner der betrachteten Formen kritisch zur Bundeswehr geäußert haben, ist mit zehn Prozent deutlich kleiner. Nur fünf Prozent haben jemandem widersprochen, der gut über die Bundeswehr geredet hat. Lediglich vier Prozent haben einem Familienangehörigen oder Freund, der Soldat bei der Bundeswehr werden wollte, von seinem Wunsch abgeraten. Nur drei Prozent haben einen Angehörigen der Bundeswehr mit der eigenen negativen Meinung zur Bundeswehr konfrontiert.

In der Gesamtbetrachtung zeigt sich, dass sich 25 Prozent der Befragten nur positiv geäußert haben, fünf Prozent nur negativ und weitere fünf Prozent sowohl positiv als auch negativ. Dagegen haben sich 65 Prozent und damit die Mehrheit der Bundesbürger überhaupt nicht positiv oder negativ zur Bundeswehr geäußert, zumindest nicht in den hier betrachteten Formen.

Wie beurteilen die Bürgerinnen und Bürger, nach allem was sie über die Bundeswehr wissen, die Leistungen bei den Einsätzen im In- und Ausland, das öffentliche Auftreten der Soldaten, deren Ausbildung sowie die Ausrüstung und Bewaffnung?

→ Die Leistungen der Bundeswehr bei den Hilfeinsätzen im Inland finden breite Anerkennung.

Die Antworten auf diese Frage sind alles in allem als ein Ausdruck der breiten Anerkennung und Unterstützung der Bundeswehr durch die Bevölkerung zu interpretieren: Bei allen betrachteten Punkten überwiegen die positiven Bewertungen. Besondere Anerkennung wird den Leistungen der Bundeswehr bei ihren Hilfeinsätzen im Inland zuteil, die insgesamt neun von zehn Befragten positiv bewerten (vgl. Tabelle 5.2).

⁸ Vgl. die Ergebnisse früherer Untersuchungen zum Unterstützungs- und Protestpotenzial in: Bulmahn, Thomas: Bevölkerungsbefragung zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild in Deutschland. Ergebnisbericht 2004. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr. Strausberg 2004. S. 45f.

Tabelle 5.2: Bewertung der Bundeswehr durch die Bürger

Frage: „Wie beurteilen Sie – nach allem was Sie über die Bundeswehr wissen – die folgenden Punkte?“ (Angaben in Prozent)					
	(Sehr) positiv ¹	Eher positiv	Eher negativ	(Sehr) negativ ²	Weiß nicht
Die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Inland	61	27	5	2	5
Das öffentliche Auftreten der Soldaten	49	36	7	2	6
Die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber	48	30	9	3	10
Die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO	43	32	8	4	13
Die Integration (Einbindung) der Streitkräfte in die Gesellschaft	42	34	12	4	8
Die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Ausland	42	33	12	6	7
Die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union	40	36	6	3	15
Die Ausbildung der Soldaten	38	31	10	4	17
Die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr	29	29	16	8	18

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr positiv“ und „Positiv“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr negativ“ und „Negativ“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

➔ Kritischer werden Ausrüstung und Bewaffnung der Soldatinnen und Soldaten bewertet.

Bei allem Zuspruch wird allerdings auch einige Kritik deutlich. Die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten und mehr noch deren Ausrüstung und Bewaffnung werden von wesentlich weniger Befragten positiv gesehen: Zur Ausbildung äußert sich jeder Siebte negativ und zur Ausrüstung und Bewaffnung etwa jeder Vierte.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der 2008er Studie zeigt, dass diese Bewertungen keine Konstanten sind. Kritischer als im Vorjahr werden die Leistungen der Bundeswehr in den Auslandseinsätzen bewertet. Der Anteil der sehr positiven und positiven Beurteilungen ist um acht Prozentpunkte zurückgegangen. Positiver bewertet wird dagegen die Ausbildung der Soldaten. Hier ist der Anteil der sehr positiven und positiven Bewertungen um sechs Prozentpunkte gestiegen.

6 Vorstellungen von den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im In- und Ausland

Die empirische Analyse für die im Rahmen der Studie betrachteten Aufgabenfelder der Bundeswehr im Ausland ergibt ein sehr differenziertes Bild. Am stärksten befürwortet wird ein Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland, um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten: Insgesamt 93 Prozent stimmen einem solchen Auftrag zu (vgl. Tabelle 6.1). Darunter sind 77 Prozent, die vollkommen oder überwiegend zustimmen und 16 Prozent, die mit einigen Einschränkungen dafür sind. Nur sehr wenige lehnen eine solche Mission ab.

➔ **Die Bevölkerungsmehrheit will die Bundeswehr mit zahlreichen Aufgaben im Ausland betraut wissen. Hilfe im Katastrophenfall sowie Evakuierungs- und Befreiungsmissionen finden die meiste Zustimmung.**

Das Ansinnen, deutsche Soldaten zu entsenden, um eine ausländische Regierung zu entmachten, die die Menschenrechte verletzt, wird am stärksten zurückgewiesen: Insgesamt 51 Prozent lehnen eine derartige Aufgabe für die Bundeswehr ab, darunter sind 25 Prozent entschieden dagegen und weitere 26 Prozent lehnen das eher ab.

Der Einsatz militärischer Gewaltmittel unterliegt allerdings auch keinem absoluten Tabu. Wenn es beispielsweise darum geht, die Bundeswehr im Ausland einzusetzen, um deutsche Staatsbürger aus der Hand von Geiselnern zu befreien oder um einen Völkermord zu verhindern, dann liegt der Anteil der Befürworter alles in allem bei 89 bzw. 81 Prozent. Auch in diesen Fällen ist die Anwendung militärischer Gewalt wahrscheinlich, doch wird durch die Beschreibung der Aufgabe das Leid der Betroffenen deutlicher und die sich daraus ergebende moralische Verpflichtung zu helfen ist größer.

Größere Unterschiede ergeben sich auch hinsichtlich der Region, in der eine Mission stattfinden soll: Wenn es darum geht, die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa zu stabilisieren, dann sind insgesamt 82 Prozent der Bundesbürger dafür, diese Aufgabe der Bundeswehr zu übertragen; darunter sind 49 Prozent, die ohne nennenswerte Vorbehalte zustimmen.

Tabelle 6.1: Einstellung zu den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Ausland

Frage: „Welche Aufgaben sollten die deutschen Streitkräfte Ihrer Meinung nach im Ausland übernehmen? Stimmen Sie einer Übernahme der folgenden Aufgaben durch die Bundeswehr zu oder lehnen Sie das ab?“ (Angaben in Prozent)				
Die deutschen Streitkräfte sollten im Ausland eingesetzt werden, ...	Stimme zu ¹	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab ²
um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten.	77	16	4	3
um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren.	71	20	5	4
um deutsche Staatsbürger aus der Hand von Geiselnehmern zu befreien.	70	19	6	4
um einen terroristischen Anschlag auf Deutschland zu verhindern.	64	22	8	6
um den Frieden in der Welt zu sichern.	56	28	10	6
um einem NATO-Partner zu helfen, der angegriffen wurde.	54	31	9	6
um einen Völkermord zu verhindern.	53	28	10	9
um den internationalen Seeverkehr zu überwachen und zu sichern.	50	33	10	7
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa zu stabilisieren.	49	33	11	7
um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern.	49	24	15	12
um den freien und ungehinderten Welthandel zu sichern.	45	32	13	10
um die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.	45	28	16	11
um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.	43	28	18	11
um Länder wie den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern.	37	23	22	18
um bei der Durchführung demokratischer Wahlen zu helfen.	35	29	18	18
um Drogenanbau und Drogenhandel zu unterbinden.	34	23	23	20
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion im Nahen Osten zu stabilisieren.	31	29	21	19
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Afrika zu stabilisieren.	29	31	23	18
um eine ausländische Regierung zu entmachten, die die Menschenrechte verletzt.	26	22	26	25

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Wenn die Stabilisierungsmission nicht in Europa, sondern im Nahen Osten oder in Afrika stattfinden soll, dann fällt die Zahl der Befürworter wesentlich geringer aus. Der Anteil derer, die weitgehend vorbehaltlos dafür sind, d. h. vollkommen oder überwiegend zustimmen, ist mit 31 Prozent bzw. 29 Prozent wesentlich kleiner.

Bei einem Vergleich mit den Ergebnissen der im Jahr 2008 realisierten Studie zeigt sich, dass einigen Aufgabenfeldern stärker zugestimmt wird. Hierzu zählen Einsätze der Bundeswehr, um den freien und ungehinderten Welthandel zu sichern (+9 Prozentpunkte, bezogen auf den jeweiligen Anteilswert „Stimme zu“), um den internationalen Seeverkehr zu überwachen und zu sichern (+6 Prozentpunkte) und um die Versorgung

Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern (+4 Prozentpunkte). Etwas an Unterstützung verloren haben dagegen Einsätze, um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten (-7 Prozentpunkte). Hier deutet sich eine Verschiebung der Präferenzen hin zu einem stärker von nationalen Interessen geleiteten Einsatzrational an. Man kann vermuten, dass die Fernsehbilder von Anti-Piraten-Missionen deutscher Einsatzkräfte am Horn von Afrika zu diesem Wandel beitragen.

➔ Es gibt eine breite Unterstützung der Bevölkerung für Anti-Terror-Einsätze der Bundeswehr auch in Deutschland.

Die Mehrheit der Bundesbürger spricht sich nahezu vorbehaltlos dafür aus, die deutschen Streitkräfte auch im Inland einzusetzen, um Terroranschläge zu verhindern (vgl. Tabelle 6.2).

Tabelle 6.2: Einstellung zu den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Inland

Frage: „Welche Aufgaben sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach in Deutschland übernehmen?“ (Angaben in Prozent)				
Die Bundeswehr sollte in Deutschland eingesetzt werden ...	Stimme zu ¹	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab ²
zur Verteidigung bei einem militärischen Angriff auf unser Land.	90	8	1	1
zur Katastrophenhilfe, z. B. bei Sturmfluten und Überschwemmungen.	89	9	1	1
zur Überwachung des deutschen Luftraums, um Terroranschläge mit Flugzeugen zu verhindern.	81	14	2	3
zur Suche und Rettung von Vermissten.	80	14	4	2
zur Überwachung der Küsten und der Hafenanlagen, um Terroranschläge mit Schiffen zu verhindern.	77	16	3	4
zum Schutz von Kernkraftwerken, Chemiewerken und ähnlichen Anlagen vor Terroranschlägen.	71	18	6	5
zum Schutz von Flughäfen, Bahnhöfen und anderen öffentlichen Gebäuden vor Terroranschlägen.	71	16	7	6
zur Sicherung der Landesgrenzen gegen illegale Einwanderer.	60	18	10	12

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Hierzu sollen alle im Rahmen der Studie betrachteten Möglichkeiten genutzt werden: Die Bundeswehr soll nicht nur den deutschen Luftraum überwachen, um Terroranschläge mit Flugzeugen zu verhindern (insgesamt 95 Prozent Zustimmung), sondern auch die Küsten und die Hafenanlagen überwachen, um Terroranschläge mit Schiffen zu vereiteln (insgesamt 83 Prozent Zustimmung), sie soll Flughäfen, Bahnhöfe und andere öffentliche Gebäude sichern (insgesamt 87 Prozent Zustimmung) sowie auch Kernkraft-

werke, Chemiewerke und ähnliche Anlagen vor Terroranschlägen schützen (insgesamt 89 Prozent Zustimmung).

Die Akzeptanz für Einsätze im Inland ist am größten, wenn Punkte zur Diskussion stehen, die zum klassischen Aufgabenspektrum der Streitkräfte gehören: die Verteidigung bei einem militärischen Angriff und die Katastrophenhilfe, z. B. bei Sturmfluten und Überschwemmungen. Auf der anderen Seite ist die Ablehnung am größten, wenn die Bundeswehr mit einer Aufgabe betraut werden soll, die offensichtlich keine Aufgabe der Streitkräfte ist, sondern eine der zuständigen Behörden in Bund und Ländern.

7 Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Zum Zeitpunkt der Untersuchung im IV. Quartal 2009 nahm die Bundeswehr mit mehr als 7 200 Soldaten und Soldatinnen an mehreren internationalen Missionen teil. Sie war unter anderem mit 4 290 Soldaten beteiligt an der NATO-geführten Internationalen Stabilisierungstruppe in Afghanistan (ISAF), mit 1 980 Soldaten an der Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR), mit 260 Soldaten an der Operation gegen den internationalen Terrorismus am Horn von Afrika (Operation Enduring Freedom – OEF), mit 240 Soldaten an der Anti-Piraterie Mission Atalanta vor der Küste von Somalia, mit 230 Soldaten an der Überwachungsmission der UNO vor der Küste des Libanon (UNIFIL) und mit 130 Soldaten an der Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR).⁹

Was wissen die Menschen in Deutschland über die Auslandseinsätze der Bundeswehr? Wie gut fühlen sie sich informiert? Befürworten sie die verschiedenen Missionen oder lehnen sie diese Einsätze ab?

➔ **Die meisten Bundesbürger geben an, nichts Konkretes über die laufenden Auslandseinsätze der Bundeswehr zu wissen oder noch nie davon gehört zu haben.**

Im Rahmen der Untersuchung werden erhebliche Informationsdefizite deutlich: Die Mehrheit der Bevölkerung weiß nach eigenem Bekunden nichts Konkretes über die Auslandseinsätze der Bundeswehr oder hat noch nie von diesen Missionen gehört. Nur sehr wenige Bundesbürger sagen, dass ihnen zumindest wesentliche Fakten darüber bekannt sind (vgl. Tabelle 7.1).

Noch am besten informiert fühlen sich die Bürger über den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Afghanistan (ISAF), über den in den Medien immer wieder einmal berichtet wird: 44 Prozent sagen, dass ihnen einige Fakten bekannt sind und sieben Prozent meinen, die wesentlichen Eckdaten zu kennen. Etwa jeder Zweite (49 Prozent) gibt jedoch zu Protokoll, nichts Konkretes zu wissen oder noch nie davon gehört bzw. gelesen zu haben. Selbst über Missionen, an denen die

⁹ Quelle: BMVg 2009, im Internet unter: <http://www.bundeswehr.de>; Links: Einsätze und Stärke; Stand: 16. Dezember 2009; letzter Zugriff: 21.12.2009.

Bundeswehr bereits seit mehreren Jahren beteiligt ist, beispielsweise die Einsätze im Rahmen von KFOR und EUFOR, wissen die Menschen nur sehr wenig oder geben sogar an, noch nie davon gehört zu haben.

Tabelle 7.1: Bekanntheit ausgewählter Einsätze der Bundeswehr im Ausland

Frage: „Haben Sie schon einmal von den folgenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr gehört oder gelesen?“ (Angaben in Prozent)				
	Intensiv damit beschäftigt, kenne alle wesentlichen Fakten	Davon gehört bzw. gelesen, kenne einige Fakten	Davon gehört bzw. gelesen, weiß aber nichts Konkretes	Noch nie davon gehört bzw. gelesen
Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF)	7	44	45	4
Operation gegen Piraterie vor der Küste von Somalia (ATALANTA)	4	28	49	19
Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)	3	27	62	8
Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)	2	24	59	15
Operation gegen den internationalen Terrorismus am Horn von Afrika (Operation Enduring Freedom)	2	16	47	35
Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL)	1	14	50	35

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Besonders schlecht informiert fühlen sich die Bundesbürger über die Beteiligung deutscher Soldaten an der Überwachungsmission der UNO vor der Küste des Libanon (UNIFIL) und über die Beteiligung an der Operation gegen den internationalen Terrorismus – Operation Enduring Freedom (OEF).

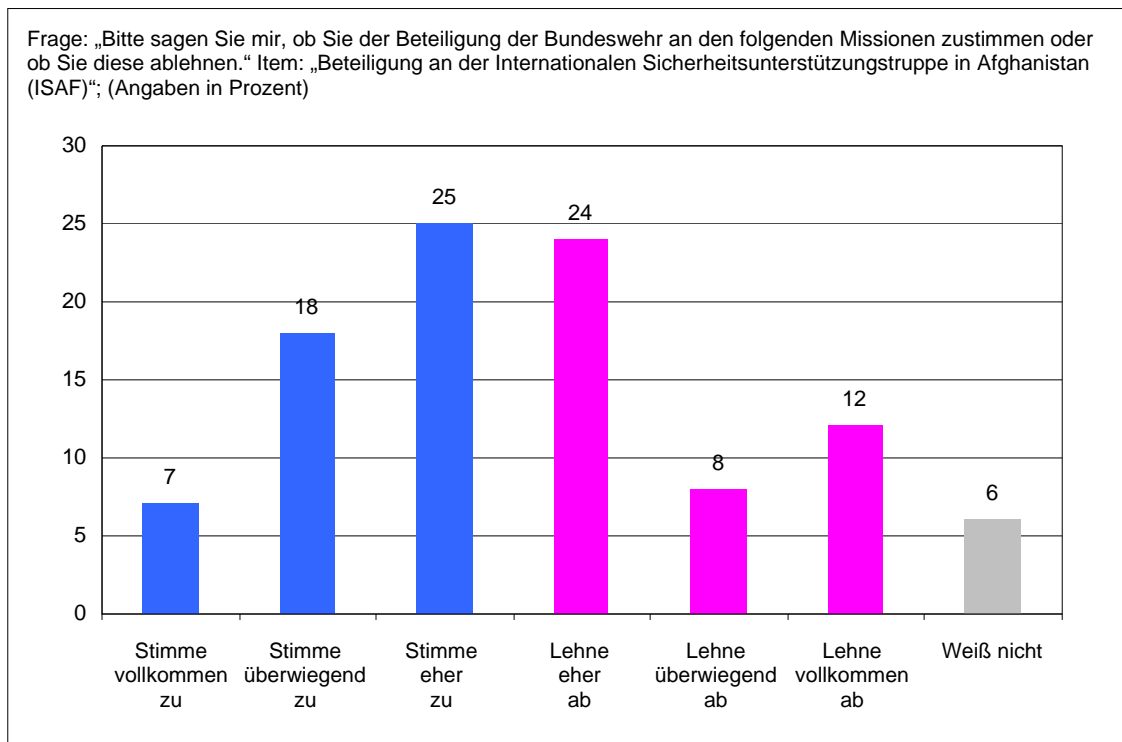
➔ Die meisten Auslandseinsätze der Bundeswehr werden von der Mehrheit unterstützt. Das Vertrauen in die Bundeswehr stellt die wichtigste Akzeptanzgrundlage dar und kompensiert vorhandene Informationsdefizite.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden von einem großen Teil der Bevölkerung unterstützt (vgl. Tabelle 7.2). Der Anteil der Befürworter reicht von insgesamt 69 Prozent für die Beteiligung an der Operation gegen Piraterie vor der Küste von Somalia (ATALANTA) bis zu 46 Prozent für die Überwachungsmission der UNO vor der Küste des Libanon. Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr wird von jedem zweiten Bundesbürger unterstützt.

Bei der Bewertung dieser Ergebnisse ist jedoch zu berücksichtigen, dass die meisten Befürworter den Einsätzen mit mehr oder weniger großen Vorbehalten zustimmen. Dem ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan stimmen beispielsweise nur sieben Pro-

zent der Befragten vollkommen zu, 18 Prozent stimmen überwiegend zu und 25 Prozent stimmen eher zu. Auch der Anteil der Befragten, die diesen Einsatz eher ablehnen, ist mit 25 Prozent bemerkenswert groß (vgl. Abbildung 7.1).

Abbildung 7.1: Einstellung zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Diese Tendenz zur Mitte der Antwortskala findet sich bei allen betrachteten Missionen (vgl. Tabelle 7.2). Man kann diese Zurückhaltung einer Mehrheit der Befragten als einen Ausdruck von Unsicherheit interpretieren, der auf die beschriebenen Informationsdefizite zurückzuführen ist: Die meisten Bundesbürger wissen zu wenig über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, um sich ein klareres Urteil bilden zu können.

Grundsätzlich gilt: Je geringer das Informationsniveau, desto größer ist bei der Bewertung der Missionen der Anteil der Personen, die entweder die beiden mittleren Kategorien „Stimme eher zu“ bzw. „Lehne eher ab“ wählen oder die mit „Weiß nicht“ antworten. Beim UNIFIL-Einsatz der Bundeswehr, über den die Menschen in Deutschland am wenigsten wissen, sind das insgesamt 66 Prozent.

Tabelle 7.2: Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent)							
Beteiligung der Bundeswehr an der ...	Stimme vollkommen zu	Stimme überwiegend zu	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne überwiegend ab	Lehne vollkommen ab	Weiß nicht
Operation gegen Piraterie vor der Küste von Somalia (ATALANTA)	17	23	29	14	4	5	8
Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)	8	22	36	15	5	6	8
Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)	7	22	34	15	5	6	10
Operation gegen den internationalen Terrorismus am Horn von Afrika (Operation Enduring Freedom)	8	18	29	19	6	6	13
Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF)	7	18	25	24	8	12	6
Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL)	4	14	28	21	7	9	17

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Bei weiteren Analysen wird deutlich, dass die Zustimmung zu den Auslandseinsätzen vor allem vom Vertrauen der Menschen in die Bundeswehr getragen wird (vgl. hierzu Abschnitt 4). Dieses Vertrauen stellt gegenwärtig die wichtigste Akzeptanzgrundlage für die Auslandseinsätze der Bundeswehr dar und kompensiert in gewisser Weise die identifizierten Informationsdefizite.

➔ Die Zustimmung der Bevölkerung zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ist zurückgegangen.

Die Zustimmung der Bevölkerung zur Beteiligung deutscher Soldaten an internationalen Friedenstruppen unterliegt einigen Schwankungen, wie ein Zeitvergleich von 2005 bis 2009 belegt (vgl. Tabelle 7.3).

Tabelle 7.3: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Zeitvergleich

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Anteil Zustimmung ¹ ; Angaben in Prozent)					
	2005	2006	2007	2008	2009
Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF)	64	49	60	64	50
Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)	75	62	70	70	66
Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)	68	63	70	70	64

Anmerkung: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“, „Stimme überwiegend zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2005 bis 2009.

Die Zustimmungswerte, die bei der jüngsten Befragung im Jahr 2009 gemessen wurden, unterscheiden sich deutlich von den Werten des Vorjahres. Die Zustimmung zu allen

drei Einsätzen ist zurückgegangen; am stärksten hat der ISAF-Einsatz der Bundeswehr an Unterstützung eingebüßt (-14 Prozentpunkte).

Die Schwankungen des Meinungsbildes werden von kritischen Ereignissen in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr verursacht, über die die Medien in Deutschland intensiv berichten. Der Einsatz in Afghanistan findet dabei besondere Beachtung. Im Jahr 2006 lagen die Zustimmungswerte beispielsweise deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Verantwortlich für den Rückgang waren kritische Presseberichte über die sog. „Totenkopffotos“, die Bundeswehrsoldaten im Jahr 2003 in Afghanistan gemacht hatten und die im Oktober 2006 von der Bild-Zeitung veröffentlicht worden waren, unmittelbar vor dem Beginn der Datenerhebung für die 2006er Studie. Die Auswirkungen auf das Meinungsbild der Bevölkerung blieben jedoch zeitlich begrenzt. Zwar ging die Zustimmung unmittelbar nach der Veröffentlichung der Fotos stark zurück, doch mit dem Abflauen des Medieninteresses an diesem Thema stiegen die Werte wieder an und bereits nach drei bis vier Wochen war das Niveau des Vorjahres annähernd erreicht.

→ Kritische Ereignisse in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr können das Meinungsbild massiv beeinflussen, wenn die Medien intensiv darüber berichten.

Der Rückgang der Zustimmung zum Afghanistaneinsatz der Bundeswehr im Zeitraum von 2008 bis 2009 ist wahrscheinlich ebenfalls auf einen konkreten Vorfall im Einsatz zurückzuführen. Am 4. September 2009 wurden in der Nähe des Feldlagers Kunduz zwei zuvor von den Taliban entführte Tanklastzüge bombardiert. Bei diesem Angriff kamen nach vorliegenden Informationen auch Zivilisten ums Leben. Über diesen Vorfall und die teils massive internationale Kritik wurde auch in Deutschland ausführlich berichtet. Da die Daten der vorliegenden Studie nur wenige Wochen nach diesem Ereignis erhoben wurden, kann man davon ausgehen, dass dieser Vorfall noch nachwirkt. Und wie im Jahr 2006 ist auch in 2009 ein Rückgang der Zustimmung zum Engagement im Rahmen von KFOR und EUFOR zu beobachten, wobei es sich um einen klassischen Halo-Effekt handeln dürfte, d. h. die kritischere Bewertung des ISAF-Einsatzes aufgrund des Vorfalls strahlt aus auf die Bewertung der anderen Einsätze.

8 Bewertung des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr

Im Rahmen dieser Studie wurden die Bundesbürger auch danach gefragt, welche Auswirkungen der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan auf die Sicherheitslage im Land, auf die Lebensbedingungen der Menschen in der von der Bundeswehr kontrollierten Region und auf eine Reihe weiterer Aspekte ihrer Meinung nach hat.

➔ **Die Auswirkungen des Bundeswehreinsatzes auf die Sicherheitslage und die Lebensbedingungen in der von ihr kontrollierten Region im Norden Afghanistans werden mehrheitlich positiv beurteilt.**

In Anbetracht der Tatsache, dass die Medien vor allem über kritische Vorfälle im Umfeld des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr berichten und nur selten auch andere Ereignisse und Entwicklungen thematisieren, fällt diese Bilanz bemerkenswert positiv und erstaunlich differenziert aus (vgl. Tabelle 8.1).

Tabelle 8.1: Vermutete Auswirkungen des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan

Frage: „Was meinen Sie: Wie hat sich – nach allem was Sie darüber wissen – die bisherige Beteiligung der Bundeswehr an der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Afghanistan (ISAF) auf die folgenden Punkte ausgewirkt?“ (Angaben in Prozent)				
	Positiv	Keine Auswirkungen	Negativ	Weiß nicht
Das Ansehen Deutschlands in der westlichen Welt	62	19	9	10
Die Einsatzmöglichkeiten internationaler Hilfsorganisationen in der von der Bundeswehr kontrollierten Region	60	17	13	11
Die Lebensbedingungen der Menschen in der von der Bundeswehr kontrollierten Region	59	18	14	9
Stabilität in der Gesamtregion	50	23	19	8
Die Sicherheitslage in der von der Bundeswehr kontrollierten Region im Norden Afghanistans	49	20	20	10
Das Ansehen der Bundeswehr in Deutschland	49	23	21	7
Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus	45	25	21	9
Die Chancen Afghanistans, sich zu einem freien, sicheren und wohlhabenden Land zu entwickeln	44	27	20	9
Das Ansehen Deutschlands in der arabischen Welt	33	16	41	10
Den Kampf gegen den Drogenanbau in Afghanistan	33	35	19	13
Die Sicherheitslage in Deutschland	27	27	38	8

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

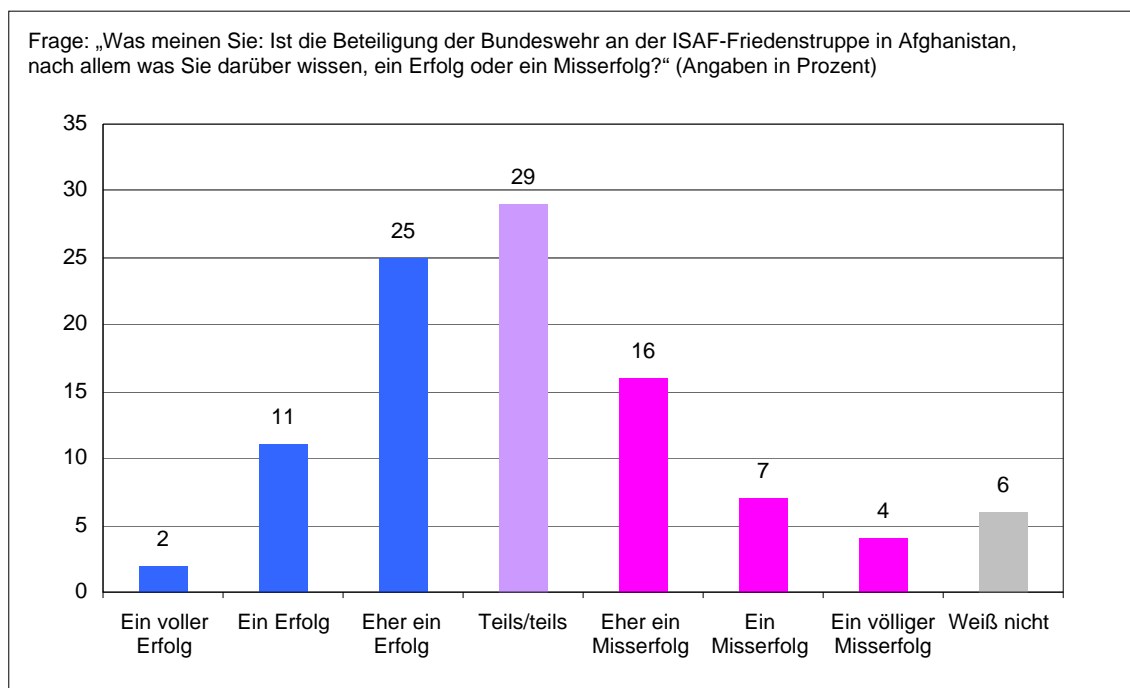
Die unmittelbaren Auswirkungen des Einsatzes der Bundeswehr in der von ihr kontrollierten Region im Norden Afghanistans werden von den Bundesbürgern größtenteils positiv beurteilt, darunter insbesondere die Einsatzmöglichkeiten internationaler Hilfs-

organisationen (60 Prozent), die Lebensbedingungen der Menschen (59 Prozent) und die Sicherheitslage im deutschen ISAF-Sektor (49 Prozent).

➔ **Die Auswirkungen auf die Entwicklungsperspektiven des gesamten Landes werden wesentlich skeptischer gesehen.**

Die Auswirkungen auf die Chancen Afghanistans, sich zu einem freien, sicheren und wohlhabenden Land zu entwickeln, werden skeptischer beurteilt: 27 Prozent sehen keine Auswirkungen und 20 Prozent sogar negative Folgen. Damit im Zusammenhang steht die Einschätzung vieler, dass der Bundeswehreinsatz keine Auswirkungen (35 Prozent) oder sogar negative Effekte (19 Prozent) auf die Eindämmung des Drogenanbaus in Afghanistan hat. Auch die Auswirkungen auf den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Sicherheitslage in Deutschland werden kritisch beurteilt: 46 Prozent bzw. 65 Prozent der Bürger sehen hier eher keine oder negative Folgen.

Abbildung 8.1: Gesamtbilanz des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Die Bilanz des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr fällt auch eher verhalten aus: 38 Prozent der Bevölkerung bewerten diesen Einsatz mehr oder weniger deutlich als einen Erfolg, 27 Prozent beurteilen ihn als Misserfolg und 29 Prozent können sich in Anbetracht der komplexen Lage bzw. unzureichender Kenntnisse nicht recht entscheiden und

antworten mit „Teils/teils“ (vgl. Abbildung 8.1). Im Vergleich zum Vorjahr fällt die Bewertung etwas schlechter aus. Der Anteil der Befragten, die den ISAF-Einsatz der Bundeswehr mehr oder weniger deutlich als Misserfolg beurteilen, hat sich um zehn Prozentpunkte von 17 Prozent auf 27 Prozent erhöht.

➔ **Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan wird von der Mehrheit der Bundesbürger nicht als Misserfolg bewertet.**

Die Ergebnisse weiterführender Untersuchungen zum Meinungsbild der Deutschen zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr ergeben ein vielschichtiges Bild. Insgesamt 51 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus, dass sich Deutschland mit der Bundeswehr weiter an der ISAF-Mission in Afghanistan beteiligt und den Aufbau des Landes weiter unterstützt (vgl. Tabelle 8.2).

Tabelle 8.2: Haltungen zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Positionen zur Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) zustimmen oder ob Sie diese ablehnen. Antworten Sie bitte wieder mit Hilfe der folgenden Skala.“ (Angaben in Prozent)							
	Stimme voll- kommen zu	Stimme überwie- gend zu	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne überwie- gend ab	Lehne vollkom- men ab	Weiß nicht
Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich mit der Bundeswehr weiter an der ISAF-Mission in Afghanistan beteiligen und den Aufbau des Landes weiter unterstützen.	9	15	27	23	10	11	5
Die Bundeswehr sollte den ISAF-Einsatz in Afghanistan umgehend beenden und alle Soldatinnen und Soldaten aus dem Land abziehen.	18	13	18	24	10	10	7

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Auf der anderen Seite plädieren 49 Prozent dafür, dass die Bundeswehr den ISAF-Einsatz in Afghanistan umgehend beendet und alle Soldatinnen und Soldaten aus dem Land abzieht. Dieses geteilte Meinungsbild entspricht der Antwortverteilung, die sich auf die Frage nach der Unterstützung für diesen Einsatz ergeben hat (vgl. Abbildung 7.1).

Klammert man die grundsätzliche Kontroverse über Verbleib oder Abzug der Bundeswehr einmal aus, dann stellt sich die Frage, welche Ziele sollten mit dem laufenden Einsatz in Afghanistan verfolgt werden und wie sollten diese Ziele erreicht werden? Die Präferenzen der Bundesbürger sind ganz eindeutig: Rund drei Viertel der Befragten (74 Prozent) meinen, die Bundeswehr sollte in Afghanistan vornehmlich Wiederaufbauarbeit leisten (vgl. Tabelle 8.3). Mit insgesamt 59 Prozent ist zudem eine Mehrheit der

Befragten der Ansicht, die Bundeswehr sollte zur Verbesserung der Sicherheitslage in Afghanistan beitragen. Jeder Zweite plädiert für eine Konzentration auf den Norden des Landes.

Tabelle 8.3: Haltungen zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Positionen zur Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) zustimmen oder ob Sie diese ablehnen. Antworten Sie bitte wieder mit Hilfe der folgenden Skala.“ (Angaben in Prozent)							
	Stimme voll- kommen zu	Stimme überwie- gend zu	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne überwie- gend ab	Lehne vollkom- men ab	Weiß nicht
Die Bundeswehr sollte in ihrem Afghanistan-Einsatz vornehmlich Wiederaufbauarbeit leisten.	20	23	31	11	3	6	6
Die Bundeswehr sollte zur Verbesserung der Sicherheitslage in Afghanistan beitragen.	11	17	31	20	7	8	6
Die Bundeswehr sollte sich in ihrem Einsatz wie bisher auf Nordafghanistan konzentrieren.	8	13	29	17	7	9	17
Die Bundeswehr sollte in Nordafghanistan auch für Kampfeinsätze gegen die Taliban eingesetzt werden.	5	9	20	26	12	22	6
Die Bundeswehr sollte im Rahmen des ISAF-Einsatzes in Afghanistan auch mehr Soldatinnen und Soldaten einsetzen können, wenn das notwendig ist.	3	9	19	28	13	22	6
Die Bundeswehr sollte in Südafghanistan neben Wiederaufbauarbeit auch für Kampfeinsätze gegen die Taliban eingesetzt werden.	4	7	15	27	15	25	7

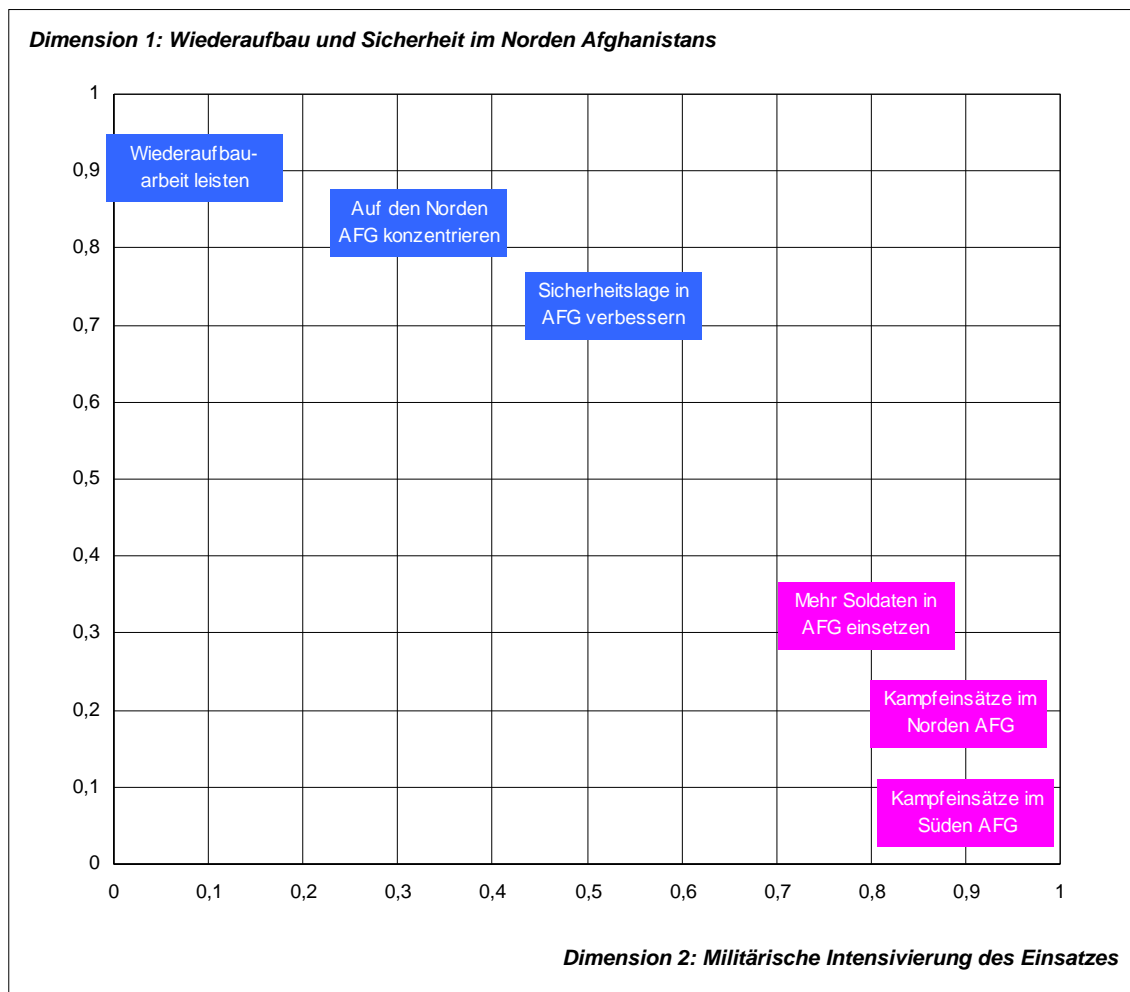
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Mehrheitlich abgelehnt wird dagegen eine militärische Intensivierung des Einsatzes, beispielsweise dass die Bundeswehr in Nordafghanistan auch Kampfeinsätze gegen die Taliban durchführen sollte (60 Prozent Ablehnung), dass die Bundeswehr mehr Soldatinnen und Soldaten einsetzen sollte, wenn das notwendig ist (63 Prozent Ablehnung) und dass die Bundeswehr in Südafghanistan neben Wiederaufbauarbeit auch Kampfeinsätze gegen die Taliban durchführen sollte (67 Prozent).

Im Rahmen einer Faktorenanalyse konnten zwei Dimensionen extrahiert werden. Die erste Dimension bündelt die Positionen, die für eine Konzentration auf die Wiederaufbauarbeit und die Verbesserung der Sicherheitslage im Norden Afghanistans stehen (vgl. Abbildung 8.2; blau = mehrheitliche Zustimmung). Die zweite Dimension fasst Aussagen zusammen, die für eine militärische Intensivierung des Einsatzes stehen: Kampfeinsätze gegen die Taliban im Norden bzw. im Süden des Landes und die Erhöhung der Zahl der eingesetzten Soldaten (vgl. ebenda; rot = mehrheitliche Ablehnung).

Das Ergebnis dieser Analyse ist in mehrfacher Hinsicht einer genaueren Betrachtung wert. Fragt man sich, warum die Bevölkerungsmehrheit die Position ablehnt, mehr Soldaten in Afghanistan einzusetzen, und warum Kampfeinsätze keine Zustimmung finden, dann finden sich hier interessante Antworten.

Abbildung 8.2: Komponentenmatrix ausgewählter Einstellungen zum ISAF-Einsatz¹



Anmerkung: 1) Ausgewiesen werden die Faktorladungen der rotierten Komponentenmatrix, die Faktorladungen entsprechen der Korrelation zwischen der jeweiligen Aufgabe und dem betreffenden Faktor; Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse (MCA); Kriterium für die Anzahl der Faktoren: Kaiser-Guttman-Kriterium (Eigenwerte der Faktoren > 1); Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung; kumulierter Anteil der erklärten Varianz: 80,9 Prozent.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Erstens wird deutlich, dass die Position, die Bundeswehr sollte in Afghanistan auch mehr Soldatinnen und Soldaten einsetzen können, von den Befragten mit der unpopulären Option assoziiert wird, Kampfeinsätze gegen die Taliban durchzuführen. Mehr Soldaten heißt für die meisten Bundesbürger offensichtlich nicht: mehr Soldaten für den Wiederaufbau, sondern: mehr Soldaten für Kampfeinsätze. Zweitens zeigt sich, dass die meisten Befragten keinen Zusammenhang zwischen den Kampfeinsätzen gegen die Ta-

liban und der Wiederaufbauarbeit in Afghanistan sehen, die ja mehrheitlich unterstützt wird. Und drittens wird klar, dass selbst der Zusammenhang zwischen möglichen Kampfeinsätzen und einer Verbesserung der Sicherheitslage nur von wenigen gesehen wird. Alles in allem zeigt sich, dass die Argumentation, im Afghanistan der Gegenwart seien Kampfeinsätze notwendig, um ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau zu schaffen, von vielen Bundesbürgern offenbar nicht geteilt wird.

9 Haltungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben

Der Verteidigungsetat der Bundesrepublik Deutschland wird nach vorliegendem Entwurf im Haushaltsjahr 2010 ein Volumen von rund 31,1 Milliarden Euro umfassen (Quelle: BMF 2009). Deutschland investiert 1,3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung und damit deutlich weniger als die meisten seiner Bündnispartner, beispielsweise die USA (4,5 Prozent), Großbritannien (2,5 Prozent), Frankreich (2,3 Prozent) oder Polen (1,9 Prozent)¹⁰.

Mit mehr als 30 Mrd. Euro stellt der Verteidigungsetat andererseits den drittgrößten Einzelposten im Bundeshaushalt 2010 dar und ist wesentlich größer als die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung (10,9 Mrd. Euro), für Familie (6,6 Mrd. Euro) oder für Wirtschaft (6,3 Mrd. Euro). Die Nettokreditaufnahme des Bundes wird im Haushaltsjahr 2010 mit 85,8 Milliarden Euro beziffert, was mehr als ein Viertel (26,4 Prozent) des gesamten Haushaltsvolumens ausmacht.

Was meinen die Bürgerinnen und Bürger zum Verteidigungsbudget? Sollen die Ausgaben für Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollen sie verringert werden oder sollen sie gleich bleiben?

→ Die Mehrheit der Bevölkerung spricht sich gegen Kürzungen bei den Verteidigungsausgaben aus.

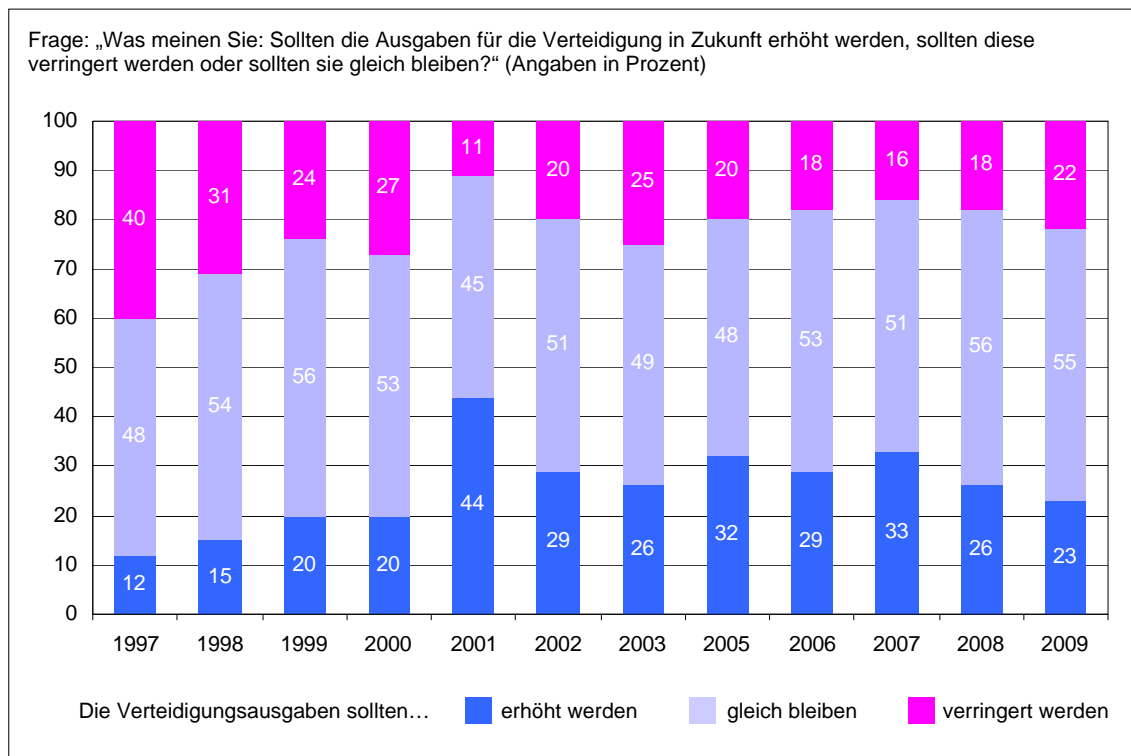
Etwa jeder zweite Bundesbürger (55 Prozent) ist dafür, dass die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft gleich bleiben und rund jeder Vierte (23 Prozent) will, dass die Ausgaben erhöht werden (vgl. Abbildung 9.1). Etwa ebenso viele Befragte (22 Prozent) votieren dafür, dass weniger für die Verteidigung ausgegeben wird.

Seit Ende der 1990er-Jahre hat sich das Einstellungsbild deutlich gewandelt. Im Jahr 1997 waren noch 40 Prozent der Menschen in Deutschland für eine Verringerung der Verteidigungsausgaben, mittlerweile ist dieser Anteil mit 22 Prozent nur noch etwa halb so groß. Zugleich ist der Anteil derjenigen, die für höhere Verteidigungsausgaben sind, deutlich gestiegen: von zwölf Prozent im Jahr 1997 auf 23 Prozent im Jahr 2009.

¹⁰ Quelle: European Defence Agency 2009; im Internet unter: <http://www.eda.europa.eu/defencefacts/>; letzter Zugriff: 21.12.2009; alle Angaben für 2007.

Vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten, der globalen Finanzmarktkrise und drohender wirtschaftlicher Stagnation liegen die Werte für die Jahre 2008 und 2009 mit 26 Prozent und 23 Prozent deutlich unter dem Niveau, das bei Berücksichtigung des langjährigen Trends (1997–2007) zu erwarten war.

Abbildung 9.1: Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 1997 bis 2009.

Eine differenzierte Analyse der Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben führt zu dem Ergebnis, dass in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen die absolute Mehrheit gegen eine Verringerung der Verteidigungsausgaben votiert (Tabelle 9.1). Die entsprechenden Werte schwanken zwischen 60 und 87 Prozent. Die meisten davon sind dafür, die Verteidigungsausgaben stabil zu halten. Doch es gibt auch beachtlich viel Unterstützung für zusätzliche Ausgaben.

Am geringsten ist die Zustimmung für eine Absenkung des Wehretats bei den Anhängern der Unionsparteien (14 Prozent), den Norddeutschen (13 Prozent) und den besser Verdienenden (16 Prozent). Am größten ist die Zustimmung für Kürzungen bei den Anhängern der Linken (41 Prozent), den Ostdeutschen (32 Prozent), Sympathisanten der Grünen (28 Prozent) und Personen mit geringerem Einkommen (27 Prozent).

Tabelle 9.1: Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben

Frage: „Was meinen Sie: Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten diese verringert werden oder sollten sie gleich bleiben?“ (Angaben in Prozent)			
	Die Verteidigungsausgaben sollten...		
	erhöht werden	gleich bleiben	verringert werden
Insgesamt	23	55	22
Geschlecht ^{n.s.}			
Männer	24	54	22
Frauen	22	55	23
Alter ^{n.s.}			
16 bis 29 Jahre	26	50	24
30 bis 49 Jahre	21	56	23
50 bis 69 Jahre	24	55	21
70 Jahre und älter	20	58	22
Bildungsniveau ^{n.s.}			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	24	51	25
Realschulabschluss	25	53	22
Hauptschulabschluss bzw. kein Schulabschluss	20	59	21
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat***			
3.000 Euro und mehr	23	61	16
1.500 bis unter 3.000 Euro	23	56	21
Unter 1.500 Euro	26	47	27
Parteipräferenz***			
CDU/CSU	30	56	14
FDP	30	51	19
SPD	22	58	20
Grüne	24	48	28
Die Linke	14	45	41
Keine Parteipräferenz	18	58	24
Region***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	34	53	13
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	17	51	32
Süddeutschland (BW, BY)	21	61	18
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	24	53	23

Anmerkungen: *** Signifikanz (Chi-Quadrat) \leq ,000; ** Signifikanz \leq ,01; * Signifikanz \leq ,05; n. s. = nicht signifikant.
 Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Dieses Ergebnis erinnert an das Antwortmuster, das sich bei der Frage nach dem internationalen Engagement Deutschlands ergeben hatte (vgl. Tabelle 2.1). Auch bei dieser Frage waren insbesondere die Sympathisanten der Linken, die Ostdeutschen und Einkommensschwache dafür, sich zunächst um die Probleme im eigenen Land zu kümmern. Und in der Tat besteht zwischen beiden Einstellungsdimensionen ein signifikanter Zusammenhang, der letztlich auf die spezifische Lebenslage der Betroffenen zurückzuführen ist.

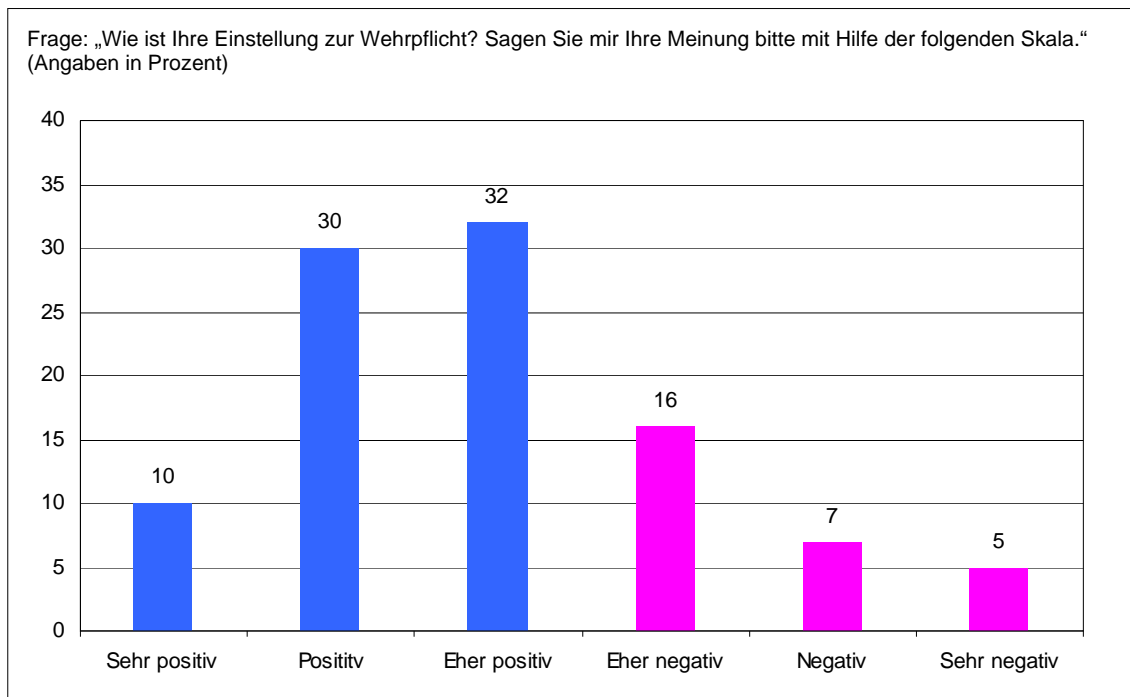
10 Einstellungen zur Wehrpflicht

Die Einstellungen der Bundesbürger zur Wehrpflicht sind aufgrund ihrer weit reichenden Implikationen von besonderem Interesse. Man kann davon ausgehen, dass sich das Meinungsbild zumindest indirekt auf die Debatten über die Zukunft der Wehrpflicht auswirkt. Was also denken die Menschen in Deutschland über die Wehrpflicht? Wie hat sich das Meinungsbild in den letzten Jahren entwickelt und wie groß sind die Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen?

➔ **Die Bevölkerungsmehrheit vertritt eine positive Einstellung zur Wehrpflicht.**

Die Mehrheit der Bundesbürger, 72 Prozent, hat eine positive Einstellung zur Wehrpflicht. 40 Prozent äußern sich dezidiert positiv und weitere 32 Prozent eher positiv. Nur 12 Prozent sind negativ eingestellt und weitere 16 Prozent eher negativ (vgl. Abbildung 10.1).

Abbildung 10.1: Persönliche Einstellung zur Wehrpflicht



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Kritischer eingestellt sind vor allem die Jüngeren und die besser Gebildeten. Doch selbst bei den 16- bis 29-jährigen Männern überwiegen mit einem Anteilswert von ins-

gesamt 60 Prozent die positiven Stimmen (vgl. Tabelle 10.1). Dieses Meinungsbild hat sich in den zurückliegenden Jahren kaum verändert. Der Anteil der positiv eingestellten Personen liegt annähernd auf dem mittleren Niveau der Vorjahre. Der Mittelwert für die Jahre 2006 bis 2008 beziffert sich auf 73,3 Prozent.

Tabelle 10.1: Einstellung zur Wehrpflicht nach Geschlecht, Altersgruppen und Bildungsniveaus

Frage: „Wie ist Ihre Einstellung zur Wehrpflicht?“ (Angaben in Prozent)				
	Positiv ¹	Eher positiv	Eher negativ	Negativ ²
Insgesamt	40	32	16	12
Vergleichszeitraum				
2008	42	28	15	15
2007	41	34	15	10
2006	44	31	14	11
Männer	43	29	15	12
Alter				
16 bis 29 Jahre	32	28	23	17
30 bis 49 Jahre	41	30	16	12
50 bis 69 Jahre	51	27	11	11
70 Jahre und älter	55	29	8	8
Bildungsniveau				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	38	26	17	19
Realschulabschluss	44	30	16	9
Hauptschulabschluss bzw. kein Abschluss	46	30	13	11
Frauen	37	36	17	11
Alter				
16 bis 29 Jahre	24	34	29	13
30 bis 49 Jahre	32	44	14	10
50 bis 69 Jahre	44	30	18	8
70 Jahre und älter	46	34	6	14
Bildungsniveau				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	31	35	22	12
Realschulabschluss	33	38	18	11
Hauptschulabschluss bzw. kein Abschluss	44	33	14	9

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr positiv“ und „Positiv“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr negativ“ und „Negativ“ wurden zusammengefasst.

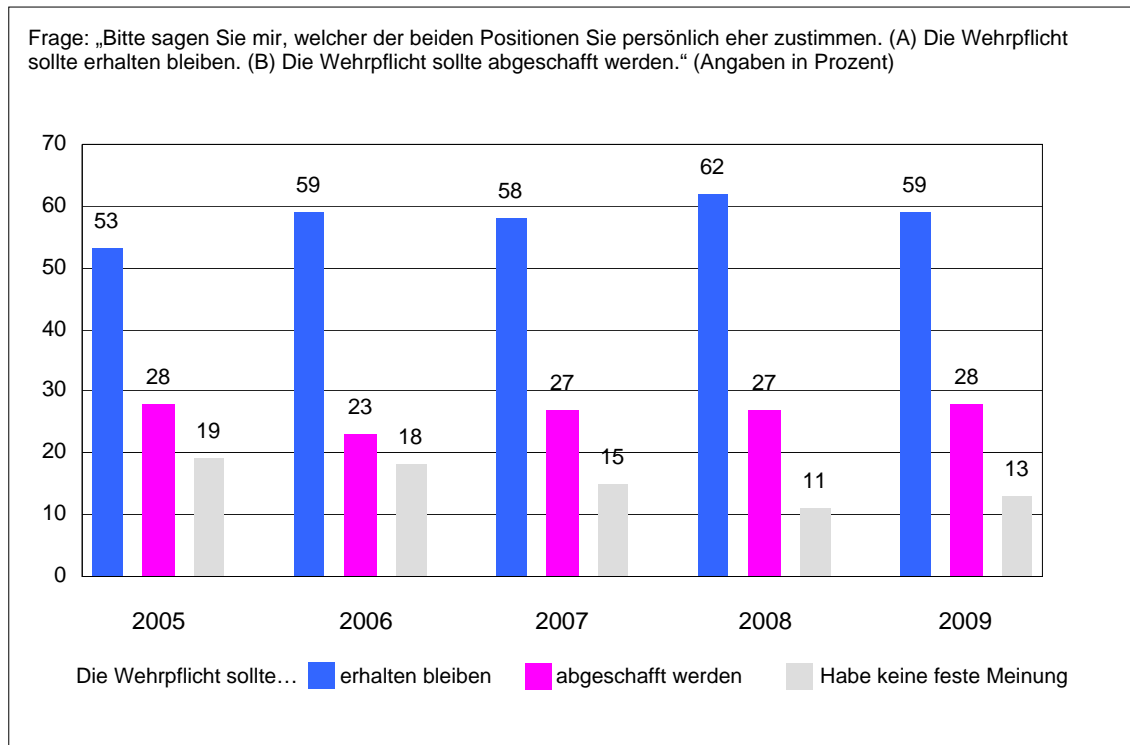
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

→ Sechs von zehn Bundesbürgern sprechen sich für den Erhalt der Wehrpflicht in Deutschland aus.

Auf die Frage, welcher der beiden Positionen man eher zustimmt, der Auffassung, dass die Wehrpflicht erhalten bleiben sollte oder der Position, dass die Wehrpflicht abgeschafft werden sollte, entscheiden sich 59 Prozent für den Erhalt der Wehrpflicht. Nur 28 Prozent wollen die Wehrpflicht abschaffen und die verbleibenden 13 Prozent können

sich nicht entscheiden (vgl. Abbildung 10.2). Die Mehrheitsverhältnisse sind eindeutig: Auf einen Gegner der Wehrpflicht kommen zwei Befürworter.

Abbildung 10.2: Einstellungen zur Zukunft der Wehrpflicht im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

→ Der Anteil der Befürworter der Wehrpflicht ist in den letzten Jahren nahezu unverändert geblieben.

Die Zahl der Bundesbürger, die sich für den Erhalt der Wehrpflicht aussprechen, ist in den zurückliegenden Jahren nahezu konstant geblieben. Im Jahr 2005 lag der Anteil bei 53 Prozent, in den folgenden Jahren waren es 59, 58 bzw. 62 Prozent und aktuell sind es 59 Prozent. Im selben Zeitraum ist die Zahl der Befragten, die keine Meinung zu dieser Frage haben, zurückgegangen. Die deutliche Verringerung des Anteils der Unentschiedenen ist möglicherweise auf die öffentlichen Debatten um die Zukunft der Wehrpflicht zurückzuführen.

Wie valide diese Befunde sind, zeigt ein Vergleich mit den Ergebnissen weiterer Analysen: Der Aussage „Die gegenwärtig bestehenden Regelungen zur Wehrpflicht sollten unverändert beibehalten werden“ stimmen 62 Prozent der Befragten zu, 38 Prozent lehnen sie ab. Die zuweilen erhobene Forderung „Die Wehrpflicht sollte abgeschafft und

die Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee umgewandelt werden“ wird dagegen von 55 Prozent der Befragten abgelehnt, 45 Prozent stimmen zu.

Tabelle 10.2: Einstellungen zur Zukunft der Wehrpflicht nach Bevölkerungsgruppen

Frage: „Bitte sagen Sie mir, welcher der beiden Positionen Sie persönlich eher zustimmen. (A) Die Wehrpflicht sollte erhalten bleiben. (B) Die Wehrpflicht sollte abgeschafft werden.“ (Angaben in Prozent)			
	Die Wehrpflicht sollte...		
	erhalten bleiben	abgeschafft werden	keine feste Meinung
Insgesamt	59	28	13
Geschlecht***			
Männer	60	30	10
Frauen	58	27	15
Alter***			
16 bis 29 Jahre	48	34	18
30 bis 49 Jahre	57	31	12
50 bis 69 Jahre	65	25	10
70 Jahre und älter	66	21	13
Bildungsniveau***			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	56	36	9
Realschulabschluss	58	29	13
Hauptschulabschluss bzw. kein Schulabschluss	63	23	14
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat***			
3.000 Euro und mehr	67	24	9
1.500 bis unter 3.000 Euro	61	28	11
Unter 1.500 Euro	55	27	18
Parteipräferenz***			
CDU/CSU	70	20	10
FDP	60	32	8
SPD	64	24	12
Grüne	44	45	11
Die Linke	43	42	15
Keine Parteipräferenz	57	28	15
Region*			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	55	33	12
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	59	31	10
Süddeutschland (BW, BY)	58	28	14
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	62	24	14

Anmerkungen: *** Signifikanz (Chi-Quadrat) \leq ,000; ** Signifikanz \leq ,01; * Signifikanz \leq ,05; n. s. = nicht signifikant.
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Zwischen den Bevölkerungsgruppen gibt es einige bemerkenswerte Differenzen. Überdurchschnittlich viele Befürworter der Wehrpflicht findet man bei den Anhängern der Unionsparteien (70 Prozent), bei Personen mit höherem Einkommen (67 Prozent) und den Älteren (66 Prozent). Vergleichsweise viele Gegner der Wehrpflicht gibt es dagegen unter den Anhängern der Grünen (45 Prozent) und der Linken (42 Prozent). Viele Jüngere haben noch keine feste Meinung (18 Prozent).

➔ **Es gibt keine Anzeichen für einen Rückgang der Zustimmung zur Wehrpflicht. Vieles spricht für eine Konsolidierung auf hohem Niveau.**

Weiterführende Analysen ergeben keine Anzeichen für einen Wandel des Meinungsbildes. Auf die Frage „Was meinen Sie? Welcher der beiden Positionen stimmt die Mehrheit der Bundesbürger eher zu?“ antworten 58 Prozent der Befragten mit „Wehrpflicht erhalten“, 33 Prozent mit „Wehrpflicht abschaffen“ und neun Prozent mit „Weiß nicht“. Die Antwortverteilungen bei der Frage nach der vermuteten Mehrheitsmeinung ist nahezu identisch mit der Antwortverteilung bei der Frage nach der persönlichen Haltung zur Wehrpflicht.

Aufschlussreich ist die differenzierte Betrachtung nach der persönlichen Einstellung: Von denen, die für den Erhalt der Wehrpflicht sind, glauben 81 Prozent, dass auch die Bevölkerungsmehrheit dieser Meinung ist, lediglich 14 Prozent glauben, dass die Mehrheit für die Abschaffung ist und fünf Prozent antworten mit „Weiß nicht“ (vgl. Tabelle 10.3).

Tabelle 10.3: Persönliche Einstellung zur Wehrpflicht und vermutete Mehrheitsmeinung

	Vermutete Meinung der Bevölkerungsmehrheit (vgl. Frage 2)		
	Wehrpflicht sollte erhalten bleiben	Weiß nicht	Wehrpflicht sollte abgeschafft werden
Personen die meinen, die Wehrpflicht sollte erhalten bleiben	81	5	14
Personen die keine feste Meinung hierzu haben	37	32	31
Personen die meinen, die Wehrpflicht sollte abgeschafft werden	19	8	73

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Nach vorliegenden Erkenntnissen orientieren sich viele Menschen an der von ihnen vermuteten Mehrheitsmeinung. Viele sind bereit, ihre Meinung zu ändern, wenn sie glauben, dass die Mehrheit anders denkt. Dahinter steht vor allem der Wunsch nach Zugehörigkeit. Wenn der Anteil der Befragten, bei denen persönliche Einstellung und vermutete Mehrheitsmeinung nicht übereinstimmen, groß ist, dann kann man das als Anzeichen für ein instabiles Meinungsbild werten. Das ist beim aktuellen Meinungsbild zur Wehrpflicht jedoch nicht der Fall. Die entsprechenden Anteilswerte beiderseits der grau markierten Felder fallen relativ gering aus.

Alles in allem verdeutlichen die Analysen zu den Einstellungen der Bundesbürger, dass Forderungen nach Abschaffung oder Aussetzung der Wehrpflicht an den Präferenzen der Bevölkerungsmehrheit vorbeigehen.

11 Einstellungen zur NATO und Bewertung der transatlantischen Beziehungen

Im 1999 verabschiedeten Strategischen Konzept der NATO werden neben den strategische Perspektiven, dem Sicherheitsansatz für das 21. Jahrhundert und den Richtlinien für die Streitkräfte auch der Auftrag und die Aufgaben der Allianz definiert. Darin heißt es: „Die Zielsetzung der NATO besteht vor allem darin, mit politischen und militärischen Mitteln die Freiheit und Sicherheit aller seiner Mitglieder zu schützen, die Werte der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu wahren sowie Frieden und Stabilität in der gesamten Euro-Atlantischen Region sichern zu helfen.“¹¹

Was halten die Bundesbürger von dem Militärbündnis? Ist die Allianz in Anbetracht der Tatsache, dass die europäischen Staaten auf EU-Ebene immer enger zusammenarbeiten, noch immer wichtig oder hat sie ihre Funktion verloren? Wichtiger noch: In welchen Bereichen sollte die NATO in den nächsten Jahren aktiv sein?

→ Zwei Drittel der Bundesbürger meinen, dass die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staatengemeinschaft bleiben wird.

Zwei Drittel (66 Prozent) der Bundesbürger halten die NATO nach wie vor für wichtig und stimmen für die These: „Auch wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene Verteidigungsstrukturen aufbauen, bleibt die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westliche Staaten.“ Nur 17 Prozent sind für die Gegenposition: „Weil die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene, d. h. europäische Verteidigungsstrukturen aufbauen, hat die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren“. Die übrigen 17 Prozent geben an, dass ihnen diese Angelegenheit entweder egal ist (6 Prozent) oder dass sie sich nicht sicher sind (6 Prozent) oder sie antworten mit „Weiß nicht“ (5 Prozent).

Welche Aufgaben sollte die Allianz in Zukunft übernehmen? Die größte Zustimmung findet die Auffassung, dass die NATO als Bündnis gemeinsamer Verteidigung dem Schutz ihrer Mitgliedsstaaten dienen sollte. Mehr als ein Drittel der Befragten stimmen

¹¹ Quelle: NATO 2010; im Internet unter: http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_56626.htm; letzter Zugriff: 14.01.2010; Übersetzung durch den Autor.

dem vollkommen zu, ein Viertel stimmt überwiegend zu und ein weiteres Viertel stimmt eher zu (vgl. Tabelle 11.1). Nur insgesamt sechs Prozent lehnen dies ab. Große Unterstützung gibt es auch dafür, dass sich die NATO in Zukunft stärker für Rüstungskontrolle und Abrüstung auf der Welt engagieren sollte.

➔ Die NATO sollte als Bündnis gemeinsamer Verteidigung vor allem dem Schutz ihrer Mitgliedsstaaten dienen und sich in Zukunft stärker auch für Rüstungskontrolle und Abrüstung engagieren.

Tabelle 11.1: Einstellung zu den zukünftigen Aufgabenfeldern der NATO

Frage: „Wenn Sie einmal an die Zukunft der NATO denken, in welchen Bereichen sollte die NATO in den nächsten Jahren tätig sein.“ (Angaben in Prozent)							
Die NATO sollte...	Stimme vollkommen zu	Stimme überwiegend zu	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne überwiegend ab	Lehne vollkommen ab	Weiß nicht
als Bündnis gemeinsamer Verteidigung dem Schutz ihrer Mitgliedsstaaten dienen.	37	26	25	3	1	2	6
sich in Zukunft stärker für Rüstungskontrolle und Abrüstung auf der Welt engagieren.	26	32	26	5	2	2	7
den internationalen Welthandel sichern und z. B. Piraterie bekämpfen.	24	28	28	8	3	2	7
sich in Militäreinsätzen zur Krisenbewältigung in Europa engagieren.	24	27	28	9	3	3	6
international Einsätze zur Sicherung der Energieversorgung und Rohstoffzufuhr durchführen.	18	24	26	12	6	5	9
außerhalb Europas gegen Staaten Einsätze durchführen, die Massenvernichtungswaffen entwickeln.	17	21	24	17	5	7	9
außerhalb Europas Einsätze zur Terrorismusbekämpfung durchführen.	16	21	28	16	4	6	9
auch friedensschaffende Kampfeinsätze außerhalb Europas durchführen.	14	20	27	18	6	7	8
sich in Militäreinsätzen zur Krisenbewältigung auch außerhalb Europas engagieren.	14	20	26	19	6	7	8

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Dass das Bündnis auch dazu beitragen sollte, die Interessen der Mitgliedsstaaten – nicht zuletzt auch deren wirtschaftliche Interessen – durchzusetzen, wird ebenfalls sehr deutlich. Es gibt eine breite Zustimmung für die Position, dass die Allianz den internationalen Welthandel sichern und die Piraterie bekämpfen sollte und dass sie zur Sicherung der Energieversorgung und Rohstoffzufuhr beitragen sollte, nicht zuletzt auch mit militärischen Mitteln.

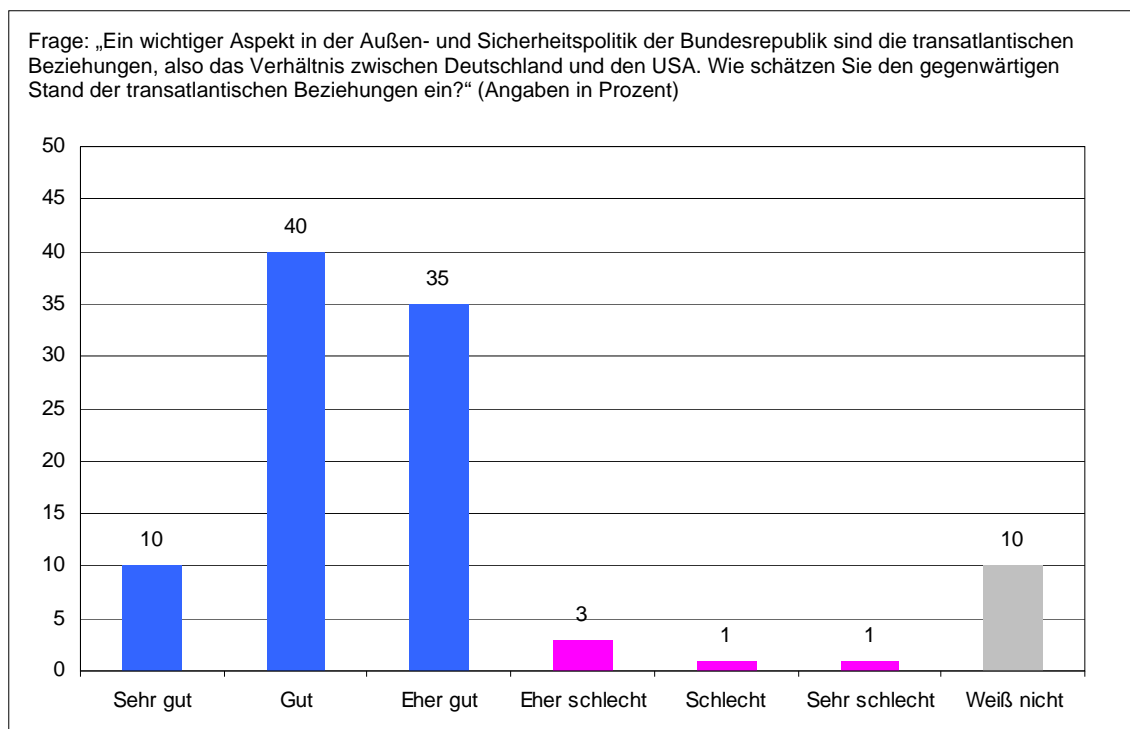
Militäreinsätzen zur Krisenbewältigung in Europa stimmt etwa jeder Zweite entweder vollkommen oder überwiegend zu (51 Prozent) und mehr als ein Viertel stimmt eher zu (28 Prozent). Wenn die Einsätze außerhalb Europas durchgeführt werden sollen, ist die

Unterstützung deutlich geringer und nur etwas mehr als ein Drittel stimmt ohne größere Vorbehalte zu. Die Ablehnung fällt wesentlich größer aus.

Ob es sich bei diesen Missionen außerhalb Europas um Einsätze gegen Staaten handelt, die Massenvernichtungswaffen entwickeln, ob es um Terrorismusbekämpfung oder Krisenbewältigung geht, scheint keine Rolle zu spielen, denn die Antwortverteilungen sind sich sehr ähnlich (vgl. Tabelle 11.1, die unteren vier Zeilen). Zudem ergibt sich für diese vier Szenarien ein vergleichsweise hoher Anteil von Personen, die entweder eine der beiden mittleren Antwortkategorien („Stimme eher zu“ oder „Lehne eher ab“) gewählt haben oder die mit „Weiß nicht“ geantwortet haben. Beides deutet auf eine gewisse Unsicherheit vieler Befragter bei der Beantwortung dieser Fragen hin.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA werden von insgesamt 85 Prozent der Bundesbürger positiv bewertet: Zehn Prozent meinen, die transatlantischen Beziehungen seien zurzeit „Sehr gut“, 40 Prozent bezeichnen sie als „Gut“ und 35 Prozent als „Eher gut“ (vgl. Abbildung 11.1).

Abbildung 11.1: Bewertung der transatlantischen Beziehungen



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

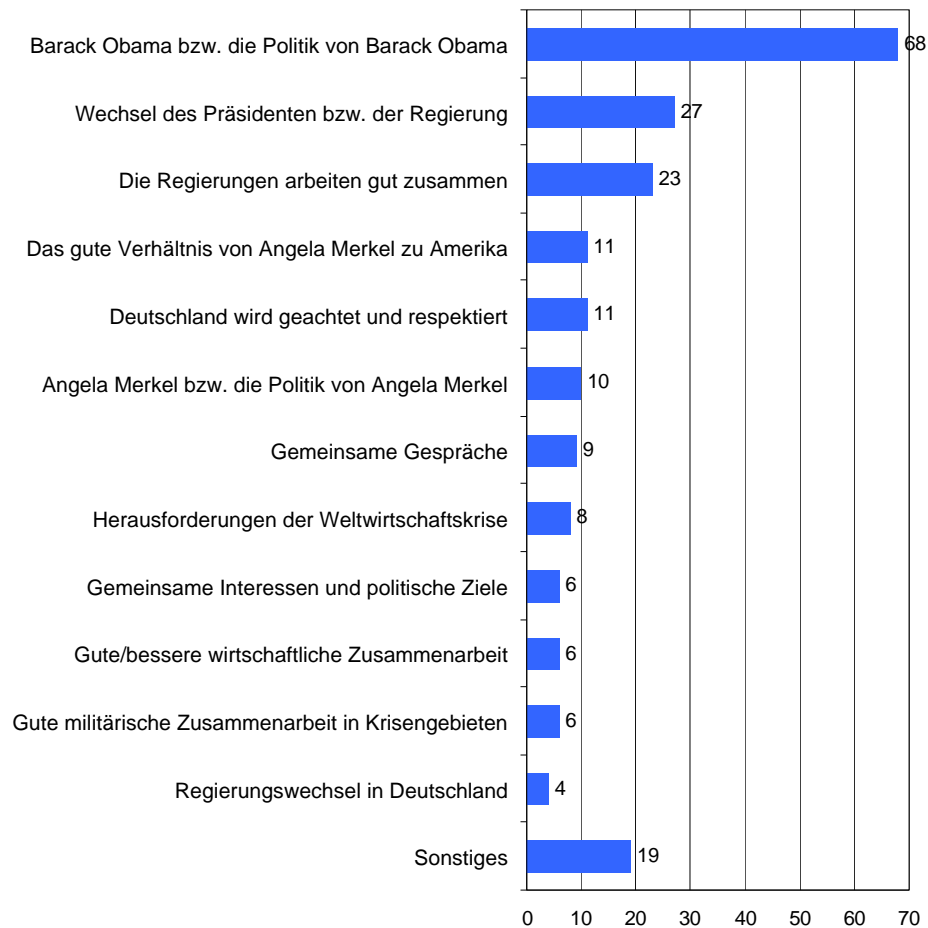
Nur fünf Prozent meinen, die Beziehungen seien mehr oder weniger schlecht. Zehn Prozent antworten mit „Weiß nicht“. Bei der letzten Befragung im Juni 2008 wurden deutlich schlechtere Werte ermittelt.

➔ **Die Mehrheit der Deutschen beurteilt die gegenwärtigen transatlantischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA positiv.**

Auf die Frage, wie sich die transatlantischen Beziehungen in letzter Zeit entwickelt hätten, antworten 63 Prozent, sie hätten sich verbessert, 20 Prozent sehen keine Veränderung, nur drei Prozent glauben, sie hätten sich verschlechtert, und 14 Prozent geben keine Antwort.

Abbildung 11.2: Gründe für die Verbesserung der transatlantischen Beziehungen

Frage: „Warum haben sich die transatlantischen Beziehungen in letzter Zeit verbessert?“ (Offene Frage; Filter: Frage nur an Personen, die zuvor angegeben hatten, dass sich die transatlantischen Beziehungen in der letzten Zeit verbessert haben; Angaben in Prozent)



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009.

Fragt man nach den Gründen für die wahrgenommene Verbesserung der transatlantischen Beziehungen, dann wird zumeist der Name des gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten genannt bzw. auf seine Politik verwiesen (vgl. Abbildung 11.2). Relativ viele Bundesbürger sehen auch in dem guten Verhältnis der deutschen Kanzlerin zu

Amerika, in ihrer Person und ihrer Politik eine Ursache für die positive Entwicklung. Zwar werden viele weitere Gründe genannt, beispielsweise die Herausforderungen der Weltwirtschaftskrise, die gute Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen, gemeinsame Interessen und Ziele oder die gute militärische Zusammenarbeit bei Einsätzen in Krisengebieten.

→ Zwei Drittel der Deutschen nehmen eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen wahr. Als Gründe werden in erster Linie der Amtsantritt von Präsident Obama und seine Politik genannt.

Doch alles in allem zeichnet sich ab, dass die wahrgenommene Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen vor allem auf den Wechsel der amerikanischen Administration zurückgeführt wird. Zudem zeigt sich eine starke Fokussierung auf das politische Spitzenpersonal, insbesondere in den Vereinigten Staaten. Inwieweit sich die vielfältigen Hoffnungen, Wünsche und Erwartungen letztlich erfüllen, die viele vermutlich mit diesen positiven Bewertungen verbinden, bleibt abzuwarten.

Methodisches Design der Studie

Untersuchungsgegenstand¹²

Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsgefühl, Einstellungen zur Rolle Deutschlands, öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr, Bewertung von Stärken und Schwächen der Bundeswehr, Akzeptanzgrundlagen der Bundeswehr, Haltungen zu Aufgabefeldern der Bundeswehr im In- und Ausland, Einstellungen zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr, Einstellungen zu übrigen Auslandseinsätzen, Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben und zum Umfang der Streitkräfte, Einstellungen zur NATO, Einstellungen zu den transatlantischen Beziehungen, Akzeptanz der Wehrpflicht, Vergleich öffentlicher Institutionen, sicherheitspolitisches Interesse der Bundesbürger und Mediennutzung, Bundestagswahl 2009.

Befragungsmethode und Fragebogen

Die vorliegende Untersuchung wurde als computerunterstützte persönliche Befragung (C.A.P.I. Computer Aided Personal Interview) von der Ipsos Operations GmbH, Mölln, durchgeführt. Der Fragebogen wurde am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr erarbeitet und von Ipsos in eine CAPI-Fassung transferiert.

Grundgesamtheit und Stichprobe

Die Grundgesamtheit für diese Untersuchung sind alle deutschsprachigen Personen ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in der Bundesrepublik leben.

Aus dieser Grundgesamtheit wurde im Rahmen des ADM-Mastersamples eine repräsentative, mehrstufig geschichtete Zufallsstichprobe gezogen. Der Ziehungsvorgang ist dreistufig.

1. Ziehung von Sample-Points

Aus dem Ziehungsband des ADM-Stichprobensystems 2003 wurden at random 465 Sample-Points gezogen.

¹² Beim Abschnitt „Methodisches Design der Studie“ handelt es sich um den überarbeiteten Methodenbericht, der von Ipsos Operations GmbH vorgelegt wurde. Ipsos Operations GmbH wurde nach Abschluss eines öffentlichen Ausschreibungsverfahrens mit der bundesweiten Datenerhebung für die Bevölkerungsbefragung 2009 beauftragt.

2. Haushaltsauswahl

Die Haushaltsauswahl erfolgte nach dem Random-Route-Verfahren. Von einem zufällig ausgewählten Startpunkt ausgehend ermittelte der Interviewer nach festgelegten Begehungsregeln die Befragungshaushalte. Jeder dritte Haushalt vom Startpunkt her gezählt wurde für die Befragung ausgewählt.

3. Zielpersonenauswahl

Im Haushalt wurden zunächst alle dort lebenden Personen ab 16 Jahren aufgelistet. Daraus wurde durch ein Zufallsverfahren die Zielperson für die Befragung ausgewählt („Geburtstagschlüssel“, d. h. es wird diejenige Person befragt, die als nächste Geburtstag hat). Um ein Interview mit der Zielperson zu erhalten, wurde der Zielhaushalt bis zu dreimal kontaktiert.

Fallzahl, Feldzeit und Interviewdauer

Die insgesamt 2 100 Interviews wurden in der Zeit vom 28.09.2009 bis 14.11.2009 durchgeführt. Um auch Berufstätige und mobile Personen in angemessener Zeit zu erreichen, wurde die Befragungszeit über den ganzen Tag gelegt. Die Dauer der Interviews betrug durchschnittlich 60 Minuten.

Stichprobenkorrektur

1. Transformation der Haushaltsstichprobe in eine Personenstichprobe

Da pro Haushalt nur eine Person befragt wird, liefert das beschriebene Stichprobenverfahren eine Haushaltsstichprobe, d. h. jeder Haushalt der Grundgesamtheit hat die gleiche Chance, in die Stichprobe zu gelangen, aber nicht jede Person. Durch den Gewichtungsschritt der Transformation wird die Chancengleichheit der Haushalte rechnerisch durch die Chancengleichheit der Personen ersetzt. Dazu wird jeder Datensatz mit der Zahl der Personen ab 16 Jahren im Haushalt multipliziert. Um die tatsächliche Fallzahl zu erhalten wird anschließend durch die durchschnittliche Haushaltsgröße dividiert.

2. Angleichung der ungewichteten Stichprobenstruktur an die amtliche Statistik

Da sich die Stichprobenausfälle nicht gleichmäßig über alle Bevölkerungsschichten verteilen, weicht die Struktur der ungewichteten Stichprobe regelmäßig und systematisch von der Bevölkerungsstruktur der amtlichen Statistik ab. Durch die Gewichtung wird die Stichprobenstruktur rechnerisch wieder an die amtliche Statistik angeglichen. Dazu werden die Merkmale Alter, Geschlecht, Bundesland und politische Ortsgröße

herangezogen. Der aus der iterativen Gewichtung resultierende dreistellige Gewichtungsfaktor wurde ins Datenmaterial übernommen.

Interviewereinsatz und Kontrolle

Für diese Untersuchung wurden 375 Interviewer eingesetzt, die insgesamt 2 100 Personen befragten. Damit entfielen auf jeden Interviewer im Schnitt 5,6 Interviews. Die Interviewer wurden über die Ermittlung der Zielperson sowie über die Durchführung der Interviews anhand einer schriftlichen Einweisung eingehend instruiert. Die Feldarbeit wurde vom Institut geleitet und kontrolliert. Aufgrund der computergestützten Befragungsdurchführung können systematische Fehler bei der Datenerhebung ausgeschlossen werden. Rund 30 Prozent der Interviews wurden schriftlich auf korrekte Durchführung kontrolliert. Traten bei einem Interviewer Zweifel auf, dass Interviews nicht korrekt oder nicht vollständig durchgeführt wurden, wurden alle Interviews von ihm kontrolliert und, sofern zu beanstanden, aus dem Datensatz entfernt. Insgesamt wurden 32 fehlerhafte Interviews aus dem Datensatz entfernt.

Ausschöpfung

Nr.	Kategorie	Fälle	Anmerkung
1	Bruttostichprobe	3 361	benutzbare Adressen
	Davon:		
1.1	Mindestens einmal kontaktiert	3 361	
2	Stichprobenneutrale Ausfälle	12	ungültige Adressen wie Straße/ Hausnummer nicht auffindbar, Wohnung unbewohnt, Firma, Anstaltshaushalt, sonstiges
3	Nettostichprobe	3 349	(1.1–2)
	Davon:		
3.1	Im HH/Zielperson mehrfach niemand angetroffen	549	
3.2	HH/Zielperson verweigert jede Auskunft	640	
3.3	Sonstige Befragtengründe	28	Zielperson spricht nicht Deutsch, krank, sonstige Gründe
3.4	Fehlerhafte Interviews	32	
4	Summe systematische Ausfälle	1 249	(3.1+3.2+3.3+3.4)
5	Realisierte Interviews	2 100	
6	Ausschöpfung	62,7%	(5/[4+5])

Insgesamt wurden 2 100 Personen befragt. Die Ausschöpfungsquote beziffert sich auf 62,7 Prozent.

Vertrauensintervall für Stichproben

Anteilswert des Merk- mals (%)	90%-Vertrauensintervall (+/-) in Prozentpunkten bei einer Stichprobe mit ... Fällen					
	500	1 000	1 500	2 000	4 000	8 000
5	2,3	1,6	1,3	1,1	0,8	0,6
10	3,1	2,2	1,8	1,6	1,1	0,8
15	3,7	2,6	2,1	1,9	1,3	0,9
20	4,2	2,9	2,4	2,1	1,5	1,0
25	4,5	3,2	2,6	2,3	1,6	1,1
30	4,8	3,4	2,7	2,4	1,7	1,2
35	5,0	3,5	2,9	2,5	1,8	1,2
40	5,1	3,6	2,9	2,5	1,8	1,3
45	5,2	3,7	3,0	2,6	1,8	1,3
50	5,2	3,7	3,0	2,6	1,8	1,3
55	5,2	3,7	3,0	2,6	1,8	1,3
60	5,1	3,6	2,9	2,5	1,8	1,3
65	5,0	3,5	2,9	2,5	1,8	1,2
70	4,8	3,4	2,7	2,4	1,7	1,2
75	4,5	3,2	2,6	2,3	1,6	1,1
80	4,2	2,9	2,4	2,1	1,5	1,0
85	3,7	2,6	2,1	1,9	1,3	0,9
90	3,1	2,2	1,8	1,6	1,1	0,8
95	2,3	1,6	1,3	1,1	0,8	0,6

Lies: Bei 2 000 Fällen und einem ausgewiesenen Merkmalsanteil von 35 Prozent liegt der wahre Wert zwischen 32,5 Prozent und 37,5 Prozent, mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10 Prozent.

Die Werte wurden mit folgender Formel berechnet: $P_i = 1,64 * \sqrt{2} * \sqrt{\frac{p * (1 - p)}{n}}$

Analyse

Die Auswertung der Daten erfolgte am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr.

Zum Inhalt: Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr führt im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung seit 1996 jährlich repräsentative Bevölkerungsbefragungen durch, um die Einstellungen der Bundesbürger zu einer Vielzahl von sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen zu erfassen. Das Themenspektrum dieser Studie umfasst unter anderem das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden der Bundesbürger, die Einstellungen zu grundlegenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen, die Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr, die Auffassungen zu den Aufgaben und Einsätzen der Bundeswehr im In- und Ausland und die Einstellungen zur Wehrpflicht. Im vorliegenden Kurzbericht werden die wichtigsten Ergebnisse der im Oktober/November 2009 durchgeführten Befragung präsentiert.

Zum Institut: Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr ist eine Einrichtung der Ressortforschung des Bundes. Der Auftrag des Instituts besteht darin, durch militärbezogene, überwiegend empirisch ausgerichtete sozialwissenschaftliche Forschung Grundlagen, Informationen und Entscheidungshilfen zur sachgerechten Erfüllung der Aufgaben des Verteidigungsressorts zu gewinnen und bereitzustellen. Um die Aufgabe der wissenschaftsbasierten Politikberatung des Bundesministeriums der Verteidigung wahrnehmen zu können, ist das Institut umfassend in das Wissenschaftssystem eingebunden und leistet neben der angewandten streitkräftebezogenen Forschung auch die hierzu erforderliche Grundlagenforschung und Methodenentwicklung, insbesondere auf dem Gebiet der Militärsoziologie. Weitere Informationen unter: www.sowi.bundeswehr.de.

Zum Autor: Dr. Thomas Bulmahn hat von 1991 bis 1996 Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin studiert. Von 1996 bis 2002 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) beschäftigt. Seit Dezember 2002 ist Dr. Bulmahn wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr. Er ist als Leiter der Forschungsschwerpunkte „Einstellungsforschung und Meinungsumfragen“ sowie „Personalgewinnung und Personalbindung“ unter anderem für die jährliche Bevölkerungsbefragung und die Jugendstudie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr verantwortlich.